

Volkswacht

für Schlesien

mit den wöchentlichen Beilagen: „Unterhaltung“, „Rundfunk“, „Sozialistische Literatur-Rundschau“, „Für die Frauen“, „Arbeiter-Sportbewegung“ u. der monatlichen Beilage „Für die Arbeiter-Jugend“

Bezugspreis: Die „Volkswacht“ erscheint wöchentlich 6 mal und ist durch die Haupt-Expedition (Hauptstraße 4/8, durch die Buchhandlungen der „Volkswacht“, Neue Graupenstraße Nr. 5 und Neue Poststraße 11, sowie durch alle Kurträger zu beziehen. — Bezugspreis im voraus zu entrichten wöchentlich 0,42 Rmt. + 8 Pf. Trägerlohn + 0,50 Rmt. monatlich 2,76 Rmt. + 95 Pf. Trägerlohn + 2,10 Rmt. Durch die Post einschl. Zustellungsgebühren 2,46 Rmt.

Organ für die werktätige Bevölkerung

Verlagsort und Hauptgeschäftsstelle: Breslau 2
Fernsprech-Anschlüsse: Geschäftsstelle Ring 1206, Redaktion Ring 3141
Postfach-Konto: Postfach-Amt Breslau Nr. 5852.
Bankkonto: Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten, Fil. Breslau

Anzeigenpreis: Je Zeile für geschäftliche Anzeigen aus Schlesien 14 Pf. auswärts 17 Pf. Anzeigen unter Text 70 Pf. Stellenangebote 10 Pf. Familienanzeigen, Stellengesuche, Verlobungs-, Verlobungs- und Wohnungs-Anzeigen 7 Pf. Kleine Anzeigen pro Wort 3 Pf., das letzte Wort 4 Pf. Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis vormittags 11 Uhr (1 Tag vorher) in der Haupt-Expedition (Hauptstraße 4/8) oder in den Zweigstellen abgegeben werden.

Unverlangt eingegangene Manuskripte werden nur zurückgeschickt, wenn Rückporto beiliegt

Der Kampf um den Mieterfuß.

Das Zentrum und seine Arbeitervertreter machen die Entrechtung der Mieter mit.

Berlin, 7. Februar.

Reichstagspräsident Brüdermann eröffnete die Reichstagsitzung am Dienstag mit einem Vortrag für den demokratischen Abgeordneten Dr. Kahlisch. Der Reichstag verweigerte dann entsprechend den Wünschen des Geschäftsausschusses die Genehmigung zur Strafverfolgung verschiedener kommunistischer und nationalsozialistischer Abgeordneter.

Auf der Tagesordnung steht die zweite Beratung der Gesetzesentwürfe auf

Änderung des Mieterfußgesetzes und des Reichs-Mietengesetzes.

Beide Gesetze sollen nach den Ausschlußanträgen bis zum 31. März 1928 verlängert werden. Die wichtigste Änderung liegt darin, daß nach der neuen Fassung des Mieterfußgesetzes der Vermieter das Mietsverhältnis kündigen kann. Er läßt in diesem Falle dem Mieter durch das zuständige Amtsgericht ein Kündigungs schreiben zugehen, für das ein bestimmtes Formular vorgeschrieben ist, und das die bestimmte Angabe der Ursachen enthalten muß, auf die die Kündigung gestützt wird. Der Mieter kann gegen die Kündigung beim Gericht Widerspruch erheben. Dann wird die Berechtigung der Kündigung im gerichtlichen Güterverfahren nachgeprüft. Verläßt der Mieter die zweimonatige Einspruchsfrist, so kann der Räumungsbefehl gegen ihn erlassen werden.

Abg. Bpiński (Soz.):

Selbst in dem Reichstag eine zweifelhafte und unüberwindliche Forderung zugegangen, als die Vorlage zur Änderung des Mieterfußgesetzes. Sie hat bei den Praktikern des Mietsrechts, ebenso bei den zuständigen Organisationen eine scharfe Ablehnung gefunden. Es fehlt der Nachweis dafür, daß der Mieterfuß eine Änderung bedarf. Im Wohnungsausschuß hat der Reichstagsminister bemerkt, daß die bisherige Forderung des Mieterfußes keine erheblichen Nachteile gestiftet habe. Er hat weiter erklärt, die Zwangsverwirklichung des Wohnungsbaues habe zur Folge gehabt, daß zu wenig Wohnungen gebaut werden. Diese Behauptung des Ministers ist im Ausschuß als irrig widerlegt worden, sowohl durch die Denkschrift der Reichsregierung, wie auch durch die Ergebnisse der Statistik über den Wohnungsbau. Jetzt hat der Minister dargelegt, daß keine grundsätzliche Änderung der Wohnungswirtschaft gemacht werde, aber durch seinen Hinweis auf die Forderung der Wohnungswirtschaft in einzelnen Ländern hat er zugegeben, daß dies erreicht werden solle. Bezeichnend für das Verhalten der Reichsregierung ist, daß sie es abgelehnt hat, vor der grundsätzlichen Entscheidung, ob Klagenverfahren oder Kündigungsverfahren einzusetzen, eine Beratung vorzunehmen, damit das von uns dazu geforderte Material herbeigeführt werden könne. (Hört, hört! bei den Soz.)

Die Regierung hatte ein halbes Jahr Zeit zur Vorlage des Materials, sie legte es aber noch immer nicht vor, als der Ausschuß bereits acht Tage zusammen war. Auch unsere Forderung, daß die Vertreter der Länderregierungen ihre ablehnende Haltung im Ausschuß begründen sollten, wurde abgelehnt. Erst nach dem Mittel der Beratung haben wir erreicht, daß das Material vorgelegt wurde.

Vor aller Öffentlichkeit aber muß festgestellt werden, wie unerhört es ist die bürgerlichen Parteien eine sachgemäße Erledigung der Vorlage zu verhindern wollten.

Das Bedauerliche an der ganzen Sache ist, daß die Vertreter des Zentrums diese Art der Geschäftsführung mitgemacht haben. (Hört, hört! bei den Soz.) Widerspruch bei dem Zentrum und (hört, hört!) Ich kann dafür keine andere Erklärung finden, als daß das Mieterfußgesetz ein Handelsobjekt gewesen ist für die Durchführung der Schulvorlage, und die Ausgestaltung der Reichsaufsicht über die Schulen. Das uns endlich vorgelegte Material ist völlig unzulänglich, es bezieht sich nur auf einen Oberlandesgerichtsbezirk für Preußen, die anderen 11 Oberlandesgerichtsbezirke läßt es aus. (Hört, hört! bei den Soz.)

Die Vorlage stellt das Kündigungsverfahren dem Klagenverfahren voran. Dadurch soll angeblich eine Erleichterung erreicht werden. In Wirklichkeit habe sich das Kündigungsverfahren auf

bewußte und gewollte Heberempörung, Täuschung und Entrechtung der Mieter

(Sehr wahr! bei den Soz.) Auf der letzten Seite des Beilages wird ein Formular für die Kündigung gebracht. Wir haben verlangt, daß es einen Vorwurf für den Widerspruch des Mieters gegen das Kündigungsverfahren enthalte. Von Ihrer Seite (nach rechts) ist dagegen erklärt worden, daß es dem Mieter nicht so leicht machen dürfe, die Kündigung zu widersprechen. (Hört, hört! bei den Soz.) In der Begründung der Vorlage wird selbst zugegeben, daß durch das neue Kündigungsverfahren eine Zunahme der Kündigungen erfolgen solle. Nach dem bisherigen Recht muß der Vermieter klagen, wenn er den Mieter zur Räumung bringen will; jetzt soll er kündigen. Vor dem Kriege war die Kündigung eine Sache der beiden Parteien, jetzt soll sie in einem Offizialverfahren gemacht werden, der Vermieter soll dem Gerichtsschreiber einreichen, der sie dann dem Mieter zulegt. In der neuesten Nummer des „Mieterfuß“ hat der Reichstagsminister aus Hamburg zugegeben, daß dieses Kündigungsverfahren eine Rechtsnullifizierung bringt, das mit dem bisherigen Rechtsbegriff nicht in Einklang zu bringen ist. (Sehr wahr! bei den Soz.) In der Vorlage war vorgesehene, daß der Mieter

gegen die Kündigung Widerspruch erheben sollte. Aber es ist künftig dem Zufall überlassen, ob der Mieter tatsächlich das Kündigungs schreiben erhält oder nicht. Erhebt er Widerspruch, dann soll ein Güterverfahren und dann die kontraktatorische Verhandlung eingeleitet werden. Verläßt aber der Mieter die Frist von zwei Wochen — und Sie müssen doch bei den Mietern mit Leuten rechnen, die zum großen Teil gar keine Zeitung lesen, also keine Belehrung erfahren, die dann also doch den Widerspruch schließlich unterlassen können —, dann soll der Urkundenbeamte auf Antrag des Vermieters innerhalb weiterer zwei Wochen die Räumung der Wohnung anordnen können. Das Recht des Widerspruches gegen den Räumungsbefehl wird ihm nur dann gegeben, wenn er nachweist, daß er die Frist ohne sein Verschulden verläßt hat. Damit wird die Beweislast dem Mieter statt dem Hausbesitzer auferlegt. Er hat keinerlei Rechtsmittel gegen die falschen Behauptungen des Vermieters etwas einzumenden, wenn er die Einspruchsfrist verläßt. Das bedeutet

eine wesentliche Schlechterstellung des Mieters

gegenüber dem einfachen Schuldner. Wir hatten eine Formulierung vorgeschlagen, die eine solche Entrechtung ausschloß. Das aber wurde abgelehnt, weil nach der Erklärung der Regierungsvertreter sonst das ganze Kündigungsverfahren wirkungslos sein würde. Wo bleibt die ganze Vereinfachung, wenn das Verfahren selbst schon vollständig von den allgemeinen Rechtsbegriffen abweicht? Es bleibt also nur übrig, daß Sie (nach rechts) auf die Unwissenheit, Ungeschicklichkeit und Unerschlossenheit des Mieters spekulieren, und dadurch eine Verschleppung des Verfahrens erreichen wollen. (Sehr wahr! bei den Soz.) Dabei handelt es sich hier nicht nur um die Personen des Mieters und seine Wohnung, es handelt sich um das Obdach seiner Familie und da darf man es nicht dem Zufall überlassen, ob der Mieter das Kündigungs schreiben erreicht oder nicht, und ob er in der Lage ist, Widerspruch zu erheben oder nicht. Das umso mehr, weil wir in Deutschland eine Wohnungsnot haben, deren Nachlassen für die nächsten zehn Jahre kaum zu erwarten ist. Nach den statistischen Feststellungen haben wir heute

eine Million Wohnungen zu wenig.

(Hört! hört! bei den Soz.) Alljährlich entsteht ein Neubedarf von 250 000 Wohnungen, so daß wir innerhalb 8 Jahren einen Fehlbedarf von etwa 2 1/2 Millionen haben werden. In einer solchen Situation die Zwangswirtschaft abzubauen, ist ein sinnloses und zweifelhaftes Beginnen. Schon die bisherige Forderung der Wohnungswirtschaft hat die Wirkung gehabt, daß die Zwangsverwirklichungen gegen Mieter zugunommen wurden, und es den Gemeinden immer schwerer möglich wird die Mieter notdürftig unterzubringen. (Hört! hört! bei den Soz.)

Alles das haben die Arbeitervertreter des Zentrums mitgemacht.

So ist insgesamt die ganze Vorlage keine Verbesserung, keine Vereinfachung, sondern sie ist nur das Mittel, um die Zwangswirtschaft bei den Mietern zu ihrem Nachteil zu schaffen, und sie in größtem Maße obdachlos zu machen. Die Hoffnungen, die der Justizminister an sie geknüpft hat, werden und können sich nicht erfüllen, weil die soziale Not und die Wohnungsnot zu groß ist, um da einen Ausgleich zu schaffen. Deshalb sage ich: Werken Sie das Scheusal in die Wollschlur. (Lebhafter Beifall bei den Soz.)

Reichsjustizminister Herzog:

Ich bekenne mich grundsätzlich zu dem Standpunkt, daß jede Zwangswirtschaft ein Übel ist. Der vorliegende Entwurf aber bringt keine Entscheidung nach der einen oder der anderen Seite. Zu grundsätzlichen Entscheidungen ist heute der Zeitpunkt noch nicht gekommen. Die Forderung der Wohnungswirtschaft überlassen wir bewußt den Ländern, wir wollen hier keine Zentralisation von Reichs wegen. Nichts ist an dem bestehenden materiellen Recht geändert, wir haben lediglich formelle Erleichterungen eingeführt, die beiden Teilen, Mietern und Vermietern zugute kommen. Der Entwurf erleichtert auch die allmähliche Wiederherstellung der normalen Verhältnisse dadurch, daß er den in der langen Zeit der Zwangswirtschaft etwas verunsicherten Besitz der Kündigung wieder herstellt. Ich habe zu den Mieter-Organisationen das Vertrauen, daß sie die neuen Bestimmungen nicht in einer die Mieter schädlichen Weise anwenden werden. Der preussische Justizminister erachtet in einem Schreiben, das Gesetz nicht vor dem 1. April d. J. in Kraft treten zu lassen. Wir werden uns diesem Wunsch fügen müssen und können deshalb an dem vom Ausschuß vorgesehene Termin des 16. Februar nicht festhalten.

Abg. Demski-Dresden (Dtn.)

ist mit dem Minister der Meinung, daß die Wirkung des vorliegenden Entwurfs weit überhäuft werde.

Abg. Tremmel (Ztr.) betont, der Gesetzesentwurf berühre gänzlich die Frage der Wohnungswirtschaft, er verleihe auch nicht die bisherigen Rechte der Mieter.

Abg. Bülk (Dem.) bekämpft die Haltung der Regierungsparteien im Ausschuß. Es sei unverständlich, wie die Regierung trotz des einstimmigen Widerspruchs der Mieter und Vermieter freige und des Reichsrats diese Gesetzesentwürfe dem Reichstag vorlegen konnte. Die Hirtfelder Verordnung zur Ausschaltung der gewerblichen Räume vom Mieterfuß habe nach den Feststellungen des Enquete-Ausschusses verhängnisvolle Wirkungen für weite Kreise des Gewerbes gehabt. Den Nutzen hätten zum größten Teil ausländische Kapitalisten gehabt. Die Angleichung der bestehenden Mietsätze an die Neubausmieten werde nicht durchführbar sein. Kein Mensch habe bisher nachweisen können, wie die freie Wirtschaft Wohnungen schaffen wolle, die in der Höhe der Mietsätze nicht übermäßig über die bisherigen Mietsätze hinausgehen.

Abg. Seiffert (Völk.) fragt, warum die Regierung nicht die Vorlagen einfach zurückgezogen habe, nachdem die Wohnungsabklärung ein erschreckendes Bild von der bestehenden Wohnungsnot ergeben hätte. Eine weitere Forderung der Wohnungswirtschaft, wie sie tatsächlich mit den Vorlagen erstrebt werde, sei im gegenwärtigen Moment ganz unmöglich. Notwendig sei vielmehr ein umfassendes Wohnungsbauprogramm.

Um 18 1/2 Uhr wird die Weiterberatung auf Mittwoch vertagt.

Das Landarbeiterelend.

Abrechnung mit den rohen, verschwenderisch lebenden Großgrundbesitzern.

Berlin, 7. Februar. In der Dienstagssitzung des Preussischen Landtags machte zu Beginn Abg. Kaiser (Komm.) davon Mitteilung, daß auf der Festung Gollnow 15 politische Gefangene durch verdorbenes Essen an Vergiftungs-erkrankungen erkrankt sind. Davon liegen sieben Gefangene, deren Zustand zum Teil sehr ernst ist, zu Bett. Die vom Sanitätsdirektor und vom Militärarzt getroffenen Maßnahmen seien unzureichend. Außerdem seien die Kranken von Beamten als Simulanten bezeichnet worden. — Der kommunistische Antrag, eine Untersuchung einzuleiten und die Schuldigen zur Rechenschaft zu ziehen, wird ohne Debatte angenommen.

In der fortgesetzten zweiten Lesung des Landwirtschaftsetats erhält zunächst das Wort:

Abg. Brandenburg (Soz.):

Besondere Beachtung verdient nach unserer Auffassung der Punkt 4 des sogenannten Notprogramms des Landbundes, der sozialpolitische Forderungen aufstellt, die sich gegen die Landarbeiterschaft richten. Man verlangt dort u. a. Nationalisierung der Sozialversicherung und Abbau der Wohnungswirtschaft. Man verlangt eine weitere Verschlechterung der Rechtsverhältnisse der Landarbeiter, obwohl dieselben gegenüber den Industriearbeitern, vor allem auf dem Gebiet der Sozialpolitik, sehr stark im Nachteil sind. In bezug auf Arbeiterversicherungen, Unfallversicherungsgeheim und in bezug auf das Krankenversicherungsgesetz befinden sich die Landarbeiter unter Ausnahmestellung. (Sehr wahr! links.) Die Folge ist Abwanderung von Landarbeitern, also Landflucht und der dadurch entstehende Arbeitermangel auf dem Lande.

Wie stark die Landflucht ist, dafür hat die Zeitschrift „Heimatdienst“ einige Zahlen gegeben. So sind in den Jahren 1912 bis 1926 aus Ostpreußen 155 000 Leute, aus Pommern 61 000 und aus Schlesien 70 000 abgewandert. (Hört! hört! links.) Diese Leute haben es also abgelehnt, unter Verhältnissen, wie man sie in den angegebenen Provinzen findet, weiterzuarbeiten. (Sehr wahr! links.)

Es sind in erster Linie das Lohnelend, die schlechte Behandlung, das Wohnungselend und die Rechtlosigkeit, unter denen die Landarbeiterschaft leidet. Im Kreis Königsberg (Ostpreußen) bekommt ein verheirateter Landarbeiter einen tariflichen Gesamtstundenlohn von 33,99 Pfennigen, in Pommern 39,68 Pf., in Brandenburg 40 Pf., in Schlesien 36 Pf., in der Börde 40,79 Pf. Angesichts der heutigen Teuerung können solche Löhne nicht mehr mit Recht als Löhne bezeichnet werden. Die weiblichen Arbeiter bekommen im Kreis Königsberg (Ostpreußen) den richtigen Stundenlohn von 12,50 Pf., in Pommern 19,33 Pf., im Kreis Teltow 18 Pf., in Schlesien 21 Pf. Das Lohnelend der jugendlichen Landarbeiter ist natürlich ebenfalls groß. Wer wundert sich darüber, daß angesichts dieser Löhne eine Abwanderung der Landarbeiter stattfindet. Während früher die Deutschnationalen alle Hebel in Bewegung setzten, durch sogenannte Sachverständige meine zahlenmäßigen Darstellungen des Lohnelends in Zweifel zu ziehen, haben wir diesmal im Hauptauschuß erlebt, daß auch Herr Milberg meine Angaben nicht nur nicht bezweifelte, sondern die Löhne der Landarbeiter als erschreckend und jämmerlich bezeichnete. (Hört! hört! links.) Herr Milberg hat zwar erklärt, die Landarbeiter sollten sich für ihr Lohnelend da bedanken, wo man an diesem Lohnelend Schuld sei. Das werden die Landarbeiter tun, und zwar so, daß ihnen (nach rechts) vor Augen wird. (Sehr gut! bei den Soz.)

Die Herren von rechts reden unentwegt von einer Notlage der Landwirtschaft. Ich habe die notleidenden Gebieten bei den Landbauvereinigungen der letzten Woche in Berlin gesehen. Sie kamen in eigener Haut und berührten nicht in meinen Reden. Die Landarbeiter können an den angeblichen guten Willen der Herren nicht glauben, denn sie sind in früheren Jahren in der Notwendigkeit gewesen, die Landarbeiterschaft hat gesehen, daß man das Land immer weiter

Hatte für den Stahlhelm, den Werwolf und den Willingbund.

Die Landarbeiterschaft kann aber auch deshalb nicht an die Wallage des Großgrundbesitzes glauben, weil sie täglich sieht, daß von den Großgrundbesitzern ein Aufwand getrieben wird, der zu ihrem Geschrei in den höchsten Widerspruch steht.

Ein besonderer Grund für die Landflucht sind die leider immer wieder vorkommenden Mißhandlungen. Auch hier steht wieder die Preußen an erster Stelle. Es handelt sich um Vorkommnisse, die so erbärmlich sind, daß man sich fragen muß: sind in diesen Gegenden die Landarbeiter in den Augen der Unternehmender wirklich nur Sklaven?

Überlegen, die für das deutsche Volk eine Kulturschande sind. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Ganz besonders groß ist das Wohnungselend der Landarbeiter. Von 4237 in Ostpreußen revidierten Wohnungen enthielten 141 nur einen Raum, 520 eine Stube und Küche, 3028 Stube und Kammer, 1264 eine Stube, Küche und Kammer und nur 234, also der zwanzigste Teil, mehr Räume als Stube, Küche und Kammer.

In fast allen preussischen Provinzen haben wir tausende von arbeitslosen Landarbeitern. Es ist bezeichnend, daß der Deutsche Landarbeiterverband im Jahre 1926 für Mitglieder in 8024 Fällen den Schutz der Gerichte für Forderungen aus Tarifverträgen in Anspruch nehmen mußte und daß die Arbeitgeber zur Nachzahlung von insgesamt 503 000 Mark verurteilt wurden.

Wir fordern für die Landarbeiter das Recht, das ihnen so lange vorenthalten geblieben ist, d. h.: angemessene Bezahlung, menschenwürdige Wohnungen und menschenwürdige Behandlung.

Abg. Sauer (Dnat.): Wenn die Landwirtschaft jetzt am Boden liegt, so sind die großen Löhne daran Schuld, die man ihr auferlegt hat.

Abg. Hagemann (Ztr.): Die Unweiterkämpfung der letzten Jahre haben die Kräfte der Landwirtschaft verschärft. In der Landwirtschaft trägt die schlechte Entlohnung der Landarbeiter mit Schuld.

Weiter sprechen die Abgg. Kautz-Kuchessen (D. Sp.), Kellermann (Komm.) und Heesch (Dem.), der die Not der Landwirtschaft wesentlich auf die großen Unweiterkämpfe zurückführt.

wirtschaftlich noch sehr gut, denn kein anderer Stand ist so beklüßigt worden wie sie mit Sauggut, Entschneidungs- und Düngemittel-Kredit. Der vermehrte Viehbestand gegenüber der Vorkriegszeit, der gesteigerte Verbrauch von Düngemitteln zeigen alles andere als eine zusammenbrechende Landwirtschaft.

Abg. Mühlberg (Dnat.) polemisiert gegen die politischen Parteien, die die Landverbände nicht unterstützen. (Zuruf vom Zentrum: Warum bekämpfen Sie das Zentrum?) Wenn Sie danach fragen, will ich Ihnen sagen: Weil im Zentrum die Gewerkschaftsführer die Politik bestimmen. (Große Unruhe im Zentrum.)

Die Volkspartei vor dem Umfall.

Ein Schulkompromiß bahnt sich an. Berlin, 8. Februar. (Eig. Funfbericht.) In den letzten Tagen haben über die strittigen Punkte des Reichsschulgesetzes unter den Regierungsparteien im Reich wieder stundenlange Verhandlungen stattgefunden. In diesen Verhandlungen waren insbesondere die Kabinettsmitglieder beteiligt. Die neuen Besprechungen sollen, wie aus zuverlässiger Quelle gemeldet wird, die Aussicht eröffnet haben, daß die Kompromißverhandlungen mit einer gewissen Gewähr auf Erfolg fortgesetzt werden können.

Die Wahl Schmerzen des Bürgerblods

Streikern und Zentrum für, Deutschnationale gegen Neuwahlen? Berlin, 7. Februar. (Eigener Bericht.) Im Lager der Regierungsparteien wird seit einigen Tagen u. a. auch eifrig über den Termin der Neuwahlen zum Reichstag debattiert. Man scheint selbst im Bürgerblodlager mehr und mehr einzusehen, daß es so wie bisher nicht weitergehen kann und eine Klärung der Verhältnisse bald notwendig ist.

Scheidet das Reichsschulgesetz, dann werden Deutsche Volkspartei und Zentrum gegen einen Wahltermin im Frühjahr nichts einzumenden haben. Einer möglichst langen Hinauszögerung der Wahlen reden indessen die Deutschnationalen das Wort. In ihren Kreisen wird betont, daß keine Notwendigkeit für die Vornahme der kommenden Reichstagswahlen vor November-Dezember dieses Jahres bestehe.

Die Bestimmung des Wahltermins ist nicht allgemein abhängig von innenpolitischen, sondern fast mehr noch von außenpolitischen Gründen, und hier ist es insbesondere der Außenminister, der allerdings ein Interesse an der möglichst frühen Vornahme der Wahlen in Deutschland hat.

Der dritte Zivilsenat des Reichsgerichts beschäftigt sich am Dienstag als Revisionsinstanz mit der Klage des früheren Polizeipräsidenten von Berlin, Traugott v. Jagow, gegen den preussischen Staat auf Zahlung von Martegelbühren für die Zeit vom Januar 1922 bis 1925.

Gemeinsame Hilfsaktion für Ostpreußen

Die Regierungen des Reiches und Preußens hielten Dienstag unter dem Vorsitz Hindenburgs einen gemeinsamen Kabinettsrat ab. Ueber das Ergebnis dieser folgenden amtliche Mitteilung ausgegeben: „Mit Rücksicht auf die durch die Friedensverträge geschaffene einzigartige wirtschaftliche Notlage Ostpreußens war der unter dem Vorsitz des Reichspräsidenten Ende Dezember abgehaltene gemeinsame Sitzung des Reichsministeriums und des preussischen Staatsministeriums die Notwendigkeit von Hilfsmagnahmen für diese Provinz grundsätzlich anerkannt worden.“

Ueber die Durchführung dieser Hilfsmagnahmen sind in der Zwischenzeit eingehende Beratungen unter den Ressorts und in den Vertretern der ostpreussischen Wirtschaft in Königsberg und Berlin gepflogen worden. Das Ergebnis dieser Verhandlungen bildete den Gegenstand nochmaliger gemeinschaftlicher Beratungen der beiden Kabinette unter dem Vorsitz des Reichspräsidenten. Dabei wurde ein volles Einverständnis über die Hilfsaktion erzielt.

Diese zerfällt in ein System von einzelnen Magnahmen, denen insbesondere auch die Erleichterung der Aufnahme eines größeren Anteils gehört. Aus Mitteln des Reiches und Preußens wird für das laufende Jahr ein Betrag von 75 Millionen Reichsmark vorgesehen, von denen 60 Millionen vom Reich und 15 Millionen von Preußen bereitgestellt werden sollen.

Die Wege, die zur Herbeiführung der Gesundung der ostpreussischen Wirtschaft beschritten werden sollen: die Eröffnung neuer effektiver Kreditlinien, die Umwandlung der drückenden hohen Personalschulden der Landwirtschaft in einen langfristigen zweifelhafte Hypothekendarlehen, besondere Kreditmagnahmen für Kleinbauern, Weiler, Pächter, Siedler usw. und weitere Magnahmen zur Erhaltung des Besitzes sowie zur Stützung der ostpreussischen Industrie fanden aufstimmige Zustimmung.

Schließlich wurden die Vorschläge für eine besondere Verknüpfung Ostpreußens auf dem Gebiete des Eisenbahngüterverkehrs geprüft und anerkannt. Die Hilfsmagnahmen werden unverzüglich verwirklicht werden.

Ein neuer Fememord entdeckt

Berlin, 8. Februar. (Eig. Funfbericht.) Eine Berliner Korrespondenz meldet, daß es nach fast acht Jahren gelungen ist, in der Nähe von Greifenhagen in Pommern einen neuen Fememord aufzudecken. In der genannten Stadt lief zu Beginn dieses Jahres eine Anzeige ein, nach der an einer bestimmten Stelle in der Umgebung von Greifenhagen die Leiche eines im Jahre 1926 ermordeten Korbhändlers, und zwar eines gewissen Paul Schmidt vergraben liege. Die sofort angestellten Ermittlungen ergaben die Richtigkeit dieser Behauptungen, so daß gegen eine Reihe von Personen, die als Beteiligte und Anstifter zu diesem verächtlichen Verbrechen erlassen werden konnte. Es handelt sich dabei durchweg um ehemalige Angehörige einer Korbhändler-Formation, die im Jahre 1920 nach dem Kapp-Putsch auf Gütern bei Greifenhagen untergebracht waren. Der von der Staatsanwaltschaft in Stettin erlassene Haftbefehl richtet sich gegen den Leutnant a. D. Edmund Heines, den früheren Feldwebel Hans Otto, den früheren Unteroffizier Johann Vogt und den Arbeiter Max Dillhewitz.

Urteilsvertagung im Prozeß Jagow.

Der dritte Zivilsenat des Reichsgerichts beschäftigt sich am Dienstag als Revisionsinstanz mit der Klage des früheren Polizeipräsidenten von Berlin, Traugott v. Jagow, gegen den preussischen Staat auf Zahlung von Martegelbühren für die Zeit vom Januar 1922 bis 1925. Nach längerer Beratung verkündete das Gericht: die Urteilsverfugung in dieser Sache wird bis zum 28. Februar ausgefetzt.

Wieder eine Abspaltung von der SPD.

Berlin, 8. Februar. (Eigener Funfbericht.) Der Reichstagsabgeordnete Otto Weber, Rathenow, wurde, wie die „Kote Rahne“ meldet, am 3. Februar aus der kommunistischen Partei ausgeschlossen, weil er nicht weigerte, gemäß einem Beschlusse der kommunistischen Parteizentrale sein Reichstagsmandat niederzulegen. Weber ist inzwischen zu der Maslow-Gruppe übergetreten, die sich „linke Kommunisten“ nennt. Damit hat die kommunistische Reichstagsfraktion, die einst über 40 Mitglieder zählte, eine weitere Verminderung erfahren.

Petroleum.

Roman von Upton Sinclair. Copyright 1927 by Kalit-Verlag A.-G., Berlin R. 50.

„Und den Streik verlieren, Vater?“ „Ja, können sie ihn nicht gewinnen, so müssen sie ihn eben verlieren, das ist das Gesetz des Streiks wie des übrigen Lebens. Das Leben ist unermüdlich, früher oder später muß es das einsehen müssen. Die Arbeiter müssen sich fügen, abwarten, bis ihre Gewerkschaft stärker geworden ist.“

VIII. Es gab nur einen Ort, wo Burns sich glücklich fühlen konnte: in seinem eigenen Zimmer. Das war für die einzige Unternehmung, die er den Streikenden gewähren durfte. Ein Zimmer mit einer kleinen Couch, einem Schreibtisch, einem Stuhl, einem Koffer und einem Koffer, das war sein Reich. Er hatte sich ein kleines Reich geschaffen, ein Reich, das er nicht verlieren konnte. Er hatte sich ein kleines Reich geschaffen, ein Reich, das er nicht verlieren konnte.

Am Sonntag ging er in die Verkleidung und hörte Pauls Rede an. Paul, immer dabei dreißigjährig, war noch schlaflos, noch launisch, noch unruhig, aber er hatte eine Stimme, die wie ein Donner klang. Er sprach von seinen Jahren nach den anderen Petrolenfeldern, erklärte, es gebe nirgends Gerechtigkeit: die ädlichen und hässlichen Behörden seien nur die Schützlinge der Unternehmer, alles, was die Arbeiter einschließen und ihre Gewerkschaften zu zertrümmern.

Paul hatte Burns in der Menge bemerkt und trat nach der Verkleidung auf ihn zu. „Ich möchte mit dir reden“, sprach er. Die beiden gingen etwas abseits, und Paul, der keine Zeit vergebend darbot, fiel sofort mit der Rede ins Haus: „Für mich an, es wäre mir lieb, wenn du meine Schwester in Ruhe ließe.“

„Du hast recht“, wiederholte Burns verärgert. „Er hat mich und meine Paul an. Was willst du damit sagen?“ „Nur erhalte mir, daß du dich in Bangalaw bist, auch den geringen Lohn, den ich dir gebe.“

dir zu sprechen. Du weißt ja gar nicht, wie schlecht mir zumute ist, ich weiß nicht, was ich tun soll.“ Und nun brach er aus, preschte seinen ganzen Kummer in wenige Sätze: „Ich bin wie in zwei Stücke gerissen, muß doch dem Vater gegenüber loyal sein, während meine ganze Sympathie den Arbeitern gehört. Ich habe mich in einer Falle gefangen. Was soll ich tun?“

Pauls Stimme klang abermals hart, da er erwiderte: „Dein Vater ist damit einverstanden, daß die Schurken auch weiterhine sie selber bemachen.“ „Er zahlt seine Beiträge, falls du das meinst. Ich der Bereinigung verpflichtet.“

„Kein Vertrag gilt, der gegenwidrig ist. Weißt du denn nicht, daß diese Schurke hundertmal am Tage das Gesetz verletzen?“ „Ich weiß es, Paul. Aber Vater ist an die anderen Unternehmern gebunden, du verstehst das nicht... Er erleidet wirklich schwere finanzielle Verluste, weil die Quellen nicht produktiv sind und das tut er doch nur den Arbeitern zuliebe.“

Zu den Verfolgungen in Sowjetrußland.

Ein Brief der Sozialistischen Internationale an die Sowjetregierung.

Die beiden Vorsitzenden der Kommission zur Untersuchung der Lage der politischen Gefangenen, Senator de Brouckere, Brüssel, und Abgeordneter Cricspien, Berlin, sandten am 2. Februar folgendes Schreiben an den Vorsitzenden des Zentral-Exekutivkomitees der Sowjetunion, M. Kalinin:

Zürich, den 2. Februar 1928.

An den
Vorsitzenden des Zentral-Exekutivkomitees der Sowjetunion,
M. Kalinin,
Moskau.

Am 1. Dezember 1927 haben wir ein Schreiben an Sie gerichtet, um dem Wunsch des internationalen Proletariats Ausdruck zu geben, daß die Amnestie aus Anlaß des jährlichen Festes der Sowjetunion auch eine allgemeine politische Amnestie in sich schließe. Unser Schreiben blieb unbeantwortet. Aber dennoch ist inzwischen von Ihnen eine Antwort, wie sie nicht aufzufassen sein könnte, erfolgt. Sie haben nicht nur keine politische Amnestie gegeben, sondern Sie haben neue politische Verfolgungen verhängt. Duzende der Führer der Opposition in Ihrer eigenen Partei wurden in die Verbannung geschickt. So soll Leo Trotski im fernsten Osten, in Turkestan, hundert Kilometer von allem politischen und kulturellen Leben entfernt, sein Dasein fristen. Die Verbannungsorte Katorgins, Kadeks und anderer wurden noch nicht bekanntgegeben. Die Ausrede aber, mit der Sie bisher das Weltproletariat über Ihr Ver-

folgungssystem zu täuschen suchten, enthüllt sich diesmal für jedermann deutlicher als jemals zuvor.

Sie haben in allen diesen Jahren hunderte und aberhunderte überreife, ehrliche Sozialisten in die Verbannung geschickt und in die Gefängnisse geworfen, und wenn Sie zur Rede gestellt wurden, dann haben Sie die Verfolgungen durch alle möglichen Fabeln, daß es sich um Konterrevolutionäre handle, zu rechtfertigen gesucht. Die Beschuldigung war, wie Ihnen an Hunderten von Fällen nachgewiesen wurde, eine direkte Verleumdung von Männern und Frauen, die ihr Leben im Dienste der Arbeiterklasse opferbereit hingeben haben. Im Falle Ihrer jetzigen Parteiopposition können Sie diese gewöhnliche Verleumdung, es handle sich um „Konterrevolutionäre“, nicht einmal in den Reihen Ihrer eigenen Partei vorbringen. Denn soweit wir entfernt davon sind, die Auffassungen und Taten etwa Leo Trotskis in den letzten zehn Jahren als segensreich für die Arbeiterklasse zu betrachten, daß er ein überzeugter Revolutionär gewesen, werden wir niemals bestreiten und das können auch Sie nicht leugnen. Und daher wird die Verfolgung Ihrer Parteiopposition und insbesondere der Fall Trotski zum Schulbeispiel für Ihr System, das keinerlei Meinungsfreiheit duldet, das alles unterordnet dem Diktat absolutistischer Regierung.

Die Vorsitzenden der von der Sozialistischen Arbeiterinternationale eingesetzten Kommission zur Untersuchung der Lage der politischen Gefangenen.

Louis de Brouckere. Cricspien.

Der peinliche Phœbusstandal.

Groener versucht die Debatte zu hintertreiben.

Berlin, 7. Februar. (Eigener Bericht.) Der Reichsmehrheitler führte am Dienstag nachmittag im Reichstag mit den Führern der einzelnen Parteien Besprechungen über die bevorstehende Beratung des Reichswahlrechts. Dabei spielte insbesondere auch die Frage eine Rolle, ob und wie im Verlauf der Debatte die Phœbus-Angelegenheit behandelt werden soll. Den Regierungsparteien wäre es natürlich am liebsten, wenn diese Frage überhaupt nicht gestreift würde. Da es sich bei der ganzen Angelegenheit um eine etatsrechtliche Frage von grundsätzlicher Bedeutung handelt, wird die Sozialdemokratie den Phœbusstandal im Plenum des Reichstages selbstverständlich auf jeden Fall ansprechen.

Kapitaldiktatur in Norwegen.

Die Arbeiterregierung vor dem Sturze.

Oslo, 7. Februar. (Eig. Drahtbericht.) Die norwegische Arbeiterregierung wird wahrscheinlich am Freitag demissionieren. Möglicherweise für diese Absicht ist der Verlauf der am Dienstag im Storting begonnenen Debatte über die in der vergangenen Woche abgegebene Regierungserklärung. Die linke Bürgerpartei ließ ihre anfängliche Zusage, die Arbeiterregierung unter gewissen Bedingungen zu unterstützen, zurückziehen und stellte gleichzeitig einen Mißtrauensantrag.

Als erster Redner bestieg kurz nach 10 Uhr vormittags der Führer der Linken, Mowinkel, die Tribüne. Anzänglich hatte man erwartet, daß seine Partei die Arbeiterregierung wenigstens auf absehbare Zeit die Möglichkeit zur sachlichen Arbeit geben werde. Mowinkel, der auf dem rechten Flügel seiner Partei steht und zu den bestehenden Schichten des Volkes gehört, hat aber am Montag in seiner Fraktion einen Beschluß gegen die Regierung durchgesetzt. Die Regierungserklärung habe eine sehr ernste finanzielle Lage geschaffen. Eine große Kapitalflucht hätte in den letzten Tagen eingekehrt, und in Sanftkreisen zeige man eine überaus große Nervosität. Die Kapitalflucht sei zwar als Vaterlandsverrat zu betrachten, aber leider sei mit ihr zu rechnen. Infolgedessen könne die Linke eine moralische Mitverantwortung für die Arbeiterregierung nicht länger übernehmen.

Auf diese sensationelle Rede antwortete der Führer der Arbeiterpartei, Madson. Statt Loyalität walteten zu lassen, habe man der gegenwärtigen Regierung gegenüber sozulagen Beitragen mit Ehrennägeln angewandt, um das Volk zur Siebtheit zu bringen. Es sei außerordentlich bedauerlich, daß es sich hier um Gegensätze zwischen alter und neuer Zeit handle.

Der Führer der Rechten erklärte dann, daß seine Fraktion für den Antrag Mowinkel stimmen werde. Im gleichen Sinne äußerte sich der Führer der Agrarier. Das Schicksal der Regierung ist damit besiegelt. Wer die Arbeiterregierung nunmehr ersetzen wird, ob eine bürgerliche Koalitionsregierung oder eine Bauernregierung als Minderheitskabinett ist vorläufig noch unbestimmt.

Frankreich gegen England.

Gegen Englands Verstoß gegen das Washingtoner Abkommen.

Paris, 7. Februar. (Eig. Drahtbericht.) Am Dienstag hat sich der französische Ministerpräsident mit der Washingtoner Konvention über die achtstündige Arbeitszeit beschäftigt. Auf Antrag des Arbeitsministers wurde beschlossen, sich jeder Revision dieses Uebereinkommens zu widersetzen und den im Parlament festgelegten Standpunkt weiterhin aufrechtzuerhalten.

In Frankreich wurde die Regierung bereits im Frühjahr 1927 durch Gesetz zur Ratifikation des Washingtoner Abkommens ermächtigt, sobald auch England und Deutschland ratifizieren. Abgesehen davon, ist der Achtstundentag in Frankreich durch ein Gesetz aus dem Jahre 1919 mit gewissen Einschränkungen längst eingeführt.

Parlamentseröffnung in England.

Eine dürftige Thronrede — Scharfe Kritik der Opposition.

London, 7. Februar. (Eig. Drahtbericht.) Die am Dienstag vom König vorgetragene Thronrede war ungewöhnlich kurz. Die Lage in China habe sich inzwischen soweit gebessert, daß große Verminderungen in den nach Ostasien entsandten Flotten und Militärkontingenten möglich seien. Die durch innere Unruhen und Bürgerkriege verursachte Lage gebe aber trotzdem noch immer zu Besorgnissen Anlaß. Dennoch setze die englische Regierung noch zu dem vor einem Jahre bekannt gegebenen Grundriss, den ökonomischen Beziehungen entgegenzukommen, wenn die Chinesen betrübenden Sehnsucht für britisches Leben und Eigentum äußern. Ueber die Haltung der britischen Regierung zur Ratifizierung des Washingtoner Abkommens enthält die Thronrede kein Wort.

Die Debatte wurde von der Opposition mit längeren Ausführungen Ramsay MacDonalds eröffnet. Er betonte, daß die Thronrede inhaltlich die armselige Erklärung darstelle, mit der seit seinem Eintritt ins parlamentarische Leben das Parlament niemals eröffnet worden sei. Das Bemerkenswerteste an der Thronrede seien die Auslassungen. Sowohl das Parlament als auch die Ratifikation der Washingtoner Konvention seien nicht erwähnt worden. Die Arbeiterpartei habe die soziale Lage in Großbritannien nicht so günstig beurteilt wie die Thronrede das tue. Ramsay, der die Thronrede las, hatte auf den Gedanken kommen, daß es eine Million

Arbeitslose in England gebe. Die Regierung müsse damit rechnen, daß die Opposition die in der Rede ausgelassenen sozialen Fragen nicht vergessen werde und Tag für Tag und Schritt für Schritt um diese Probleme kämpfen werde, bis die Neuwahlen kämen und die Majorität der Regierung gestürzt würde.

Der französisch-amerikanische Schiedsgerichtsvertrag.

Paris, 7. Februar. Der Wortlaut des gestern unterzeichneten französisch-amerikanischen Schiedsgerichtsvertrages, der als Erneuerung des am gleichen Tage abgelaufenen alten Schiedsgerichtsvertrages zu bezeichnen ist, wird erst veröffentlicht werden, nachdem der amerikanische Senat ihn ratifiziert hat.

Nach „Petit Journal“ besteht der Vertrag aus einer Präambel und aus vier Artikeln. Die Präambel stellt fest, daß beide Mächte seit 150 Jahren in Frieden und freundschaftlichen Beziehungen lebten und erklärt, endgültig auf den Krieg, als Instrument der nationalen Politik, verzichten zu wollen.

Artikel 1 sieht vor, daß alle Streitigkeiten, die zwischen den beiden Ländern entstehen könnten, durch eine bereits im früheren Vertrag vorgesehene Ausgleichskommission geregelt werden, die aus zwei amerikanischen und zwei französischen Delegierten sowie einem Vertreter einer dritten Macht besteht.

Artikel 2 bestimmt, daß sämtliche Streitigkeiten juristischer Art dem internationalen Gerichtshof im Haag oder einem anderen Gerichtshof unterbreitet werden, vorbehaltlich der Billigung der Schiedsrichter durch den amerikanischen Senat.

Artikel 3 nimmt von dem Schiedsgerichtsverfahren aus: 1. Streitigkeiten, die sich aus der inneren Gesetzgebung jedes der beiden Länder ergeben; 2. Streitigkeiten, die dritte Mächte betreffen; 3. Streitigkeiten im Zusammenhang mit der Monroe-Doktrin und 4. Streitigkeiten, die sich aus der Anwendung des Artikels des Völkervertrages ergeben.

Artikel 4 endlich erklärt, daß der Vertrag sofort nach der Ratifizierung durch den amerikanischen Senat und durch das französische Parlament in Kraft tritt.

Wahlterror in Polen.

Willkürliche Verhaftungen sozialistischer Führer.

Warschau, 7. Februar. (Eig. Drahtbericht.) Der Führer der unabhängigen polnischen Sozialisten, Dr. Drobnier, wurde am Montag in Bromberg verhaftet, weil er sich durch eine Wahlrede, in der er zum aktiven Klassenkampf aufrief, des Hochverrats schuldig gemacht haben soll. Drei weitere Führer der unabhängigen Sozialisten wurden schon vor einiger Zeit verhaftet, so daß die Partei im Wahlkampf führerlos ist.

In Demberg verhaftete die Polizei zahlreiche Mitglieder der ukrainischen Sozialistischen Partei, darunter den Vorsitzenden und Redakteur der Parteizeitung. Sie werden einer Verschwörung gegen die Regierung beschuldigt. Auch im Wisnagbiet sind 18 Personen verhaftet worden. Sie gelten als Kommunisten.

Die Wirtschaftsverhandlungen mit Rußland

Wieder einmal alberne kommunistische Lügen.

In den nächsten Tagen beginnen in Berlin Verhandlungen zwischen russischen und deutschen Wirtschaftsexperten. Mit diesen Auseinandersetzungen wird der Zweck verfolgt, die wirtschaftlichen Beziehungen zwischen Deutschland und Sowjetrußland zu verbessern und bestehende Schwierigkeiten aus der Welt zu schaffen. Es handelt sich in erster Linie um Fragen, deren Lösung hauptsächlich von dem guten Willen der Sowjetregierung abhängt.

Die Behauptung der kommunistischen Presse, daß Deutschland im Verlauf der Verhandlungen auch eine Neuregelung der russischen Vorkriegsschulden beabsichtigt, trifft nicht zu. In dieser Frage ist jede deutsche Initiative durch den Rapallo-Vertrag vollkommen ausgeschlossen. Deutschland und die Sowjetunion haben damals alle Entschuldigungsansprüche fallen lassen. Nur wenn Sowjetrußland einen dritten Staat besser stellen sollte als Deutschland, kann das deutsche Recht neue Ansprüche geltend machen. Diese Voraussetzung ist aber vorläufig noch nicht erfüllt. Das sollte eigentlich niemand besser wissen als unsere deutschen Kommunisten. Ihr Geschrei über eine bevorstehende Verletzung des Rapallo-Vertrages durch Deutschland oder gar die deutsche Sozialdemokratie ist deshalb nichts anderes als eine böswillige Verleumdung.

Verurteilung eines ukrainischen Bischofs.

Das Militärkollegium des Obersten Gerichtshofes der Ukraine in Kiew hat den Bischof Skalki zu zehn Jahren Gefängnis verurteilt. Der Antrag des Staatsanwalts lautete auf Todesstrafe, die er auf Grund der Amnestie in eine zehnjährige Gefängnisstrafe umzuwandeln bat.

Die Gerichtsverhandlung fand unter Ausschluß der Öffentlichkeit statt. Der Vorsitzende Ulrich verlas das Schreiben einer „bestrauten Regierung“ (natürlich Bolschewiki die Red.), in der die Bitte ausgesprochen wurde, die Öffentlichkeit auszuschließen.

Dem Bischof Skalki wurde zur Last gelegt, daß er, der in den Jahren 1921—1927 unter der Bevölkerung gegen die Sowjetregierung agitiert habe, daß er ferner zahl-

reiche Geistliche auf Empfehlung des polnischen Generalkonsuls in Warzauern untergebracht, einer großen Anzahl katholischer Geistlicher und anderen Personen illegales Ueberdauern der Grenze ermöglicht und schließlich in der Ukraine eine konterrevolutionäre Organisation aufgezogen habe. Die Anklage basiert in der Hauptsache auf dem Geständnis des Bischofs Skalki selbst, das er in der Gerichtsverhandlung ablegte, und auf der Aussage einer Zeugin, die behauptete, der Bischof sei Präsidiumsmitglied der konterrevolutionären Organisation „Der weiße Adler“ gewesen, deren Hauptzweck Schismen war.

Wie weit die Beschuldigungen der Wirklichkeit entsprechen, mag dahingestellt bleiben. Bekannt ist allerdings, daß eine große Anzahl katholischer Geistlicher seither gegen die Sowjetregierung konspiziert haben.

Ein sensationeller Korruptionsprozeß gegen Sowjetbeamte.

Moskau, 5. Februar. Vor dem Obersten Gerichtshof der Sowjetunion hat nach wochenlangen Vorbereitungen der große Prozeß gegen eine Reihe höherer Sowjetbeamter begonnen, deren Mißwirtschaft in der Kreisstadt Artemowik durch die Zentralkontrollkommission der Kommunistischen Partei aufgedeckt worden ist. Der Prozeß erregt das größte Aufsehen, denn als Angeklagte stehen vor dem Gericht der ehemalige Präsident des Bezirksgerichts Jaroslawskul, der ehemalige Chef der Bezirkspolizei Maximow, der ehemalige Stadtpolizeichef Schillin und der Leiter der Polizeischule Fomenko. Die in Artemowik selbst schon lange kritisierte Korruptionswirtschaft der Angeklagten wurde in der ganzen Ukraine bekannt nach einer skandalösen Orgie, nach welcher sich die Frau des Polizeichefs Schillin das Leben nahm. Der Anklage zufolge hatte der Gerichtspräsident Jaroslawskul ihr Gemalt angetan, auch ihr Gatte soll bei dieser Affäre seine Frau nicht nur nicht beschützt, sondern eine höchst zweideutige Rolle gespielt haben. Die ganze Angelegenheit zieht aber jetzt noch viel weitere Kreise und gewinnt einen durchaus politischen Charakter, nachdem die Zentralkontrollkommission der K.P. festgestellt hat, daß abgesehen von dem Verbrechen, welches den unmittelbaren Anlaß zum Prozeß gab, die Angeklagten sowohl durch Amtsmißbrauch wie auch durch eine skandalöse Lebensführung sich bereits seit langer Zeit aufs schwerste kompromittiert hätten. Die Zentralkontrollkommission veröffentlicht jetzt eine demartig verhängende Kritik der Beamtenkorruption von Artemowik, daß das allgemeine Interesse für den Prozeß sehr begreiflich ist. Die Angeklagten haben jedenfalls mit sehr schweren Strafen zu rechnen, da es sich jetzt nicht mehr allein um das Verbrechen gegen Frau Schillin und um vielfachen Amtsmißbrauch handelt, sondern auch um „Diskreditierung der Sowjetstaatsgewalt“, ein Verbrechen, welches nach den bisherigen Erfahrungen immer sehr schwer geahndet wird.

Neue Lage in Indien?

Englisches Angebot an die Indier.

London, 7. Februar. (Eig. Drahtbericht.) Der Vorsitzende der englischen Verfassungskommission für Indien hat einen offenen Brief an den indischen Vizekönig gerichtet, der nach einer Meldung des indischen Vizepräsidenten einer Erfüllung der indischen Forderungen hinsichtlich der Kommission gleichkommt und geeignet sein dürfte, die Stellung der indischen Bevölkerung zu den Arbeiten der Kommission grundsätzlich zu verändern. Sir John Simon regt an, sieben indische Mitglieder zu bestimmen, die mit gleichen Rechten und Pflichten zur Mitarbeit herangezogen werden sollen. Ramsay MacDonald hat inzwischen eine Botschaft an die Bevölkerung Indiens gerichtet, in der er die Hoffnung ausdrückt, daß es Indien jetzt durch die Einladung von 7 Mitgliedern ermöglicht werde, an der Kommission mitzuarbeiten.

Die indischen Parteiführer lehnen ab.

Neu-Delhi, 7. Februar. Die indischen Parteiführer erklären, die Einwendungen, die von ihnen gegen die englische Kommission zum Studium der Verfassungsfragen erhoben worden seien, bezühten auf Prinzipienfragen, die auch von dem neuen, von Simon dem Leiter der Kommission gemachten Kompromissvorschlag nicht berührt würden. Sie seien genötigt, bei ihrem früheren Entschluß, keinerlei Beziehungen zu der Kommission zu unterhalten, zu beharren.

Zwischenfälle in Marseille

Bei dem Transport von Strafgefangenen.

Paris, 8. Februar. (Eigener Funkbericht.) Eine Anzahl von Strafgefangenen, die kürzlich bei der Gefängnisübernahme der Strafkolonie Calvi auf Korsika die Rädelführer gespielt hatten, sind nach Marseille überführt worden. Trotsdem der Transport möglichst geheim gehalten wurde, kam es bei der Ankunft in Marseille zu Zwischenfällen. Die Hafen- und Docksarbeiter organisierten sofort eine große Kundgebung und verlangten Amnestierung aller politisch Verurteilten. Nur mit Mühe gelang es der Polizei, die Strafgefangenen durch die erregte Menge zu bringen.

Vor dem Rücktritt der jugoslawischen Regierung.

Wien, 8. Februar. (Eig. Funkbericht.)

Die jugoslawische Regierung dürfte im Laufe des heutigen Tages demissionieren. Diese Demission entspricht einer längst gehegten Absicht des Gesamtkabinetts. Sie wurde möglich, nachdem der Finanzminister eine Anleihe von 50 Millionen Pfund mit dem Londoner Bankhaus Rothschild abgeschlossen hat.

Ein neues griechisches Kabinett.

Athen, 7. Februar. Die Kabinettskrise ist beendet. Das neue Kabinett wird von Zamitis als Ministerpräsident gebildet werden. Alle Minister werden den Parteien von Michalopoulos, Kafandaris und Metaxas angehören. Das Parlament wird am 15. d. Mts. zusammentreten. Das neue Kabinett ist einer großen Mehrheit sicher.

Neuerörterung der Frage des Beitritts Amerikas zum Weltgerichtshof.

Washington, 6. Februar. Senator Gillett brachte heute im Senat einen Antrag ein, den Präsidenten Coolidge aufzufordern, nach einer Angleichung der Standpunkte zwischen den Vereinigten Staaten und den Signatarmächten des Protokolls des Weltgerichtshofes zu jagen, um dadurch Amerikas Beitritt zum Weltgerichtshof zu ermöglichen. Dies ist der erste Versuch, die Verhandlungen über den Beitritt Amerikas zum internationalen Gerichtshof wieder in Gang zu bringen, seitdem die Vorbehalte der Vereinigten Staaten von den anderen Signatarmächten abgelehnt worden waren. Gillett ist einer der Wortführer der Verwaltung im Senat und Mitglied des Auswärtigen Ausschusses.

Das ideale Luxin Abführ-Konfekt

Wasserstand

8. Februar	
Reißer	1.12
Reißer (Stadt) vom 7. 2.	1.60
Reißer (Stadt) vom 7. 2.	1.14
Reißer (Stadt) vom 7. 2.	2.26
Reißer (Stadt) vom 7. 2.	0.25
Kanien (Unter-Bege)	2.50
Dobersdorf	1.52
Mittelschule (Schulbuch 108 cm)	
Mittelschule vom 7. 2.	1.20

Gewerkschaftshaus großer Saal

Mittwoch, den 8. Februar
20 Uhr

KONZERT

Anlässlich des 50jährigen Bestehens des Gemischten Chors „Bildungskranz“
Mitglied des Arbeiter-Sängerbundes, Bezirk Breslau
Chor der Monistischen Gemeinde, Ortsgruppe des Volksbundes für Geistestfreiheit
Kampfesänge der Bergleute und Bauern des 16. Jahrhunderts / Lieder der französischen Revolution und
Kampflieder der Gegenwart
Eintritt 50 Pf.

Stimmen-Anzeigen

Felix Czenczek

ist am 6. Februar im besten Mannesalter von 32 Jahren nach kurzem Leiden aus unserer Mitte gerissen worden.
Seine stete Hilfsbereitschaft, sein lauterer Charakter und sein starkes Fühlen als aufrichter Gewerkschaftler wurden von uns in der Zusammenarbeit innerhalb des Vorstandes warm empfunden. Mit ihm ist ein Kollege dahingegangen, dessen Andenken wir stets in Ehren halten werden.

Die Mitglieder des Vorstandes
im Ortsverein Breslau
des Verbandes der Deutschen Buchdrucker

Verband der Deutschen Buchdrucker.

Am 6. Februar verschied nach kurzem, schwerem Leiden unser Kollege, der Stereotypen

Felix Czenczek

(Schles. Druckerei A.-G.)
im besten Mannesalter von 32 Jahren.
Ein guter Gewerkschaftler, durch das Vertrauen seiner Kollegen in Ehrenämter des Ortsvereins und der Sparte beauftragt und erprobt, ist mit ihm dahingegangen. Das Andenken an sein Wirken als Mensch und Kollege werden wir immer in Ehren halten.

Die Mitglieder des Ortsvereins Breslau.
Beerdigung: Freitag, 10. Febr., nachm. 4 Uhr, von der Leichenhalle des Coseler Friedhofes.

1. Arbeiter-Angler-Verein Breslau E. V.

Am 6. Februar verstarb unser Sportgenosse, der Stereotypen

Felix Czenczek

im Alter von 31 Jahren 11 Monaten.
Ein ehrendes Andenken werden ihm bewahren seine Sportgenossen.
Beerdigung: Freitag, den 10. Februar, nachmittags 16 Uhr, von der Leichenhalle des Coseler Friedhofes.

Am Sonntag, den 5. Februar, nachts 11 1/2 Uhr

verstarb plötzlich und unerwartet unsere liebe, bezugsfähige Mutter, Schwiegermutter, Großmutter, Schwester, Schwägerin und Tante,

M. Karoline Lux

geb. Kötze
im Alter von 64 Jahren.

Dies zeigen schmerzvoll an
Breslau, den 7. Februar 1928
Trauernden: 183

Die trauernden Kinder nebst Verwandten
Beerdigung: Donnerstag, 8. Febr., nachm. 2 Uhr
von der Friedhofkapelle Diergry aus.

Statt jeder besonderen Anzeige!

Am 6. Februar, nachmittags 1 1/2 Uhr, verstarb nach kurzer, schwerer Krankheit mein inniggeliebter Sohn, unser guter Bruder, Schwager, Onkel und Cousin, der

Damenschneider

Rudolf Englisch

im Alter von 43 Jahren.

Dies zeigen um stille Teilnahme bittend, in tiefer Trauer an
Breslau den 7. Februar 1928
Häckerstraße 21

Die trauernden Hinterbliebenen

Die Einäscherung findet am Freitag, den 10. Februar, nachmittags 3 Uhr, im Krematorium Gräbschen statt

Infolge schwerer Operation verschied nach kurzem Kranklager mein lieber Mann, Vater, unser Schwager und Onkel, der

Schneider

Leopold Herrmann

Dies zeigt tiefbetrübt an

Breslau, den 8. Februar 1928.

Andersstr. 71, part.

Helwig Herrmann, geb. Wobis
nebst Tochter.

Beerdigung: Donnerstag, nachm. 3 Uhr, Barbara-Friedhof Cosel.

Stadttheater

(Opernhaus)

Mittwoch 4 1/2

12 bis 22 1/2 Uhr

29. Abt. - Bonelli

Seite G

„König Sija“

Donnerstag

21 h. gg. 22 30 Uhr

„Laraleia rediviva“

Freitag

19.30 h. nach 22.15:

12. Abt. - Bonelli

Seite H

„Im Wald der Lotos“

Lobe-Theater

Tel.: Ring 6774

Täglich 20 Uhr

„Trommelfeder“

Ein Festspiel

von Hilley Danks

deutsch von

Alfred Holtenstein

Thalia-Theater

Tel.: Ring 6760

Täglich 20 Uhr

„Das Kamel geht durch den Nadelohr“

Komödie v. Josef Kasper

431

Masken

elegant u. sauber, von

2 1/2 bis 3 1/2, an zu verleihen

Mäßigbrodt

Seitenstraße 37, I

Wohnung

1. Stock, mit gerader u. junger

Stube und Küche, gegen Ab-

hand auch in Verbindung

Offener unter B 161 an

die Geschäftsstelle d. Zeitung.

Suche beta

Heine, leere

Wohnung

abzugeben, Schatzstr. 43

bei Frau Jellies.

Wohnung

abzugeben, Schatzstr. 43

bei Frau Jellies.

Wohnung

abzugeben, Schatzstr. 43

bei Frau Jellies.

Wohnung

abzugeben, Schatzstr. 43

bei Frau Jellies.

Wohnung

abzugeben, Schatzstr. 43

bei Frau Jellies.

Wohnung

abzugeben, Schatzstr. 43

bei Frau Jellies.

Wohnung

abzugeben, Schatzstr. 43

bei Frau Jellies.

Wohnung

abzugeben, Schatzstr. 43

bei Frau Jellies.

Wohnung

abzugeben, Schatzstr. 43

bei Frau Jellies.

Wohnung

abzugeben, Schatzstr. 43

bei Frau Jellies.

Wohnung

abzugeben, Schatzstr. 43

bei Frau Jellies.

Wohnung

abzugeben, Schatzstr. 43

bei Frau Jellies.

Wohnung

abzugeben, Schatzstr. 43

bei Frau Jellies.

Wohnung

abzugeben, Schatzstr. 43

bei Frau Jellies.

Schauspielhaus

Dyckerstr. 26/27

Seit. Stephan 2530

Mittwoch und Freitag

20 Uhr

„Griechischer Käse“

Donnerstag, 20 Uhr

„Ich hab' mein Herz

in Seidberg verloren“

Samstag, 20 Uhr

„Der Zerkow“

„Der Zerkow“

„Der Zerkow“

„Der Zerkow“

„Der Zerkow“

„Der Zerkow“

„Der Zerkow“

„Der Zerkow“

„Der Zerkow“

„Der Zerkow“

„Der Zerkow“

„Der Zerkow“

„Der Zerkow“

„Der Zerkow“

„Der Zerkow“

„Der Zerkow“

„Der Zerkow“

„Der Zerkow“

„Der Zerkow“

„Der Zerkow“

„Der Zerkow“

„Der Zerkow“

„Der Zerkow“

„Der Zerkow“

„Der Zerkow“

„Der Zerkow“

„Der Zerkow“

„Der Zerkow“

„Der Zerkow“

Liebig-

Opernhaus

Täglich 20 Uhr

„Der Zerkow“

„Der Zerkow“

„Der Zerkow“

„Der Zerkow“

„Der Zerkow“

„Der Zerkow“

„Der Zerkow“

„Der Zerkow“

„Der Zerkow“

„Der Zerkow“

„Der Zerkow“

„Der Zerkow“

„Der Zerkow“

„Der Zerkow“

„Der Zerkow“

„Der Zerkow“

„Der Zerkow“

„Der Zerkow“

„Der Zerkow“

„Der Zerkow“

„Der Zerkow“

„Der Zerkow“

„Der Zerkow“

„Der Zerkow“

„Der Zerkow“

„Der Zerkow“

„Der Zerkow“

„Der Zerkow“

„Der Zerkow“

„Der Zerkow“

„Der Zerkow“

„Der Zerkow“

„Der Zerkow“

„Der Zerkow“

„Der Zerkow“

„Der Zerkow“

„Der Zerkow“

„Der Zerkow“

„Der Zerkow“

Gesamtausgabe in Einzelbänden

Jack-London!

Martin Eden 2 Bände Neu erschienen

Der Sohn des Wolfs Neu erschienen

Die Insel Berande Neu erschienen

Eiserne Ferse Neu erschienen

In den Wäldern des Nordens, aus der Goldgräberzeit
König Alkohol, autobiographischer Roman
Der Seewolf, Roman
Abenteuer des Schienenstranges, Tramfahrt durch Nordamerika
Südscegeschichten, Erzählungen
Jerry der Insulaner
Sohn der Sonne
Jeder Band in Ganzleinen nur Mk. 4.00

Volksrecht-Buchhandlungen

Neue Graupenstraße 5 und Neue Taschenstraße 11



Danke schön!

Ein gutes Trinkgeld zahlt jeder Gast, wenn man ihm im Hotel seine Stiefel richtig behandelt. Er sieht sofort, daß die Edelpaste Büdo benutzt wird. Und gerade diese Creme schätzt der erfahrene Reisende, weil er weiß, daß Büdo den Stiefel elegant erhält und das Leder pflegt. Und Büdo ist doch so bequem, — raschster Glanz und praktischer Dosenöffner. Deshalb:

Büdo

Wer eine saubere fettreiche haltbare gesunde Vollmilch haben will
verlange bei seinem Milchlieferanten Milch aus der
Molkereigenossenschaft Cantz
Tuchergasse 77-81
Offe 3052



Die Milchprodukte unserer Mitglieder zeigen
unter ständiger stützender Aufsicht.

Breslauer Nachrichten.

Breslau, den 8. Februar 1928.

Vorsitzender der Pressekommission

Genosse Fritz Seewald, Breslau, Friedrich-Wilhelm-Str. 69. Beschwerden sind an obige Adresse zu senden.

Das Wirken einer sozialistisch verwalteten Gemeinde

Ein Kulturfilm von seltener Schönheit.

Nächsten Montag beginnen im Gewerkschaftshaus, Margaretenstraße 17 (großer Saal) die Vorführungen des Films „Das neue Wien“.

Das alte Wien hatte viele glanzvolle Prunkbauten. Und unser Film dreht diese ganze Schönheit und Pracht der romanischen Kaiserstadt mit ihren Schlössern, Kirchen und Klöstern vor uns aus.

Rein trockener Film rollt an unserem Auge vorüber, sondern das „Neue Wien“ bringt eine Fülle fesselnder Bilder, die jeder mit Spannung verfolgt, und bietet somit einige genutzte Stunden.

Die Vorführungen finden wie folgt statt: Montag, den 13. Februar, abends 6 Uhr und 8 Uhr.

Dienstag, den 14. Februar, abends 6 Uhr und 8 Uhr.

Mittwoch, den 15. Februar, abends 6 Uhr und 8 Uhr.

Hütet Euch vor Gasvergiftung!

Das entsetzliche Unglück in der Landsberger Allee in Berlin, dessen Ursache wohl im Ausströmen von Leuchtgas zu suchen ist, sowie die zahlreichen Unglücksfälle, die durch unabsichtliche oder absichtliche Einatmung von Leuchtgas Leben und Gesundheit vieler Menschen bedrohen, lassen es ratsam erscheinen, auf das Wesen und die Verhütungsmöglichkeiten der Leuchtgasvergiftung besonders nachdrücklich hinzuweisen.

Bei der Vergiftung mit Leuchtgas handelt es sich im engeren Sinne um eine Vergiftung mit Kohlenoxyd, das je nach der Art der Gewinnung, im Leuchtgas zu 6 bis 25 Prozent enthalten ist.

Aus allen diesen Gründen ist es daher wichtig, zu wissen, wie man sich gegen Leuchtgasvergiftung schützen kann.

- 1. Man solle dafür sorgen, daß vor Abschließen des Hauptahnes alle Einzelflammen gelöscht werden. 2. Man prüfe Rohrleitungen und Schläuche auf Undichtigkeiten und achte besonders darauf, daß Schläuche, die zur

- Verbindung mit Gasöfen, Gasöfen, Wärmelassen usw. dienen, so besichtigt sind, daß ein Abgleiten unmöglich ist. 3. Für die gasfreitesten Anlagen von Gasöfen usw. in Bezug auf Abführung wird heutzutage durch die Gasanstalten und Behörden mit großer Aufmerksamkeit gefordert. 4. Gasbeleuchtung oder gar Gasheizung im Schlafzimmer sollte man möglichst überhaupt vermeiden.

Wenn trotz Innehaltung dieser Vorsichtsmaßnahmen, es durch unabwendbare Unglücksfälle doch zu einer Gasvergiftung kommt, so ist schnelle Hilfe dabei wichtigstes Erfordernis.

- 1. Man betrete einen mit Gas angefüllten Raum zunächst mit angehaltenem Atem oder binde sich, wenn Zeit dazu, ein feuchtes Tuch vor den Mund, das für einige Atemzüge die giftigen Gase festhält. 2. Man öffne möglichst unverzüglich ein Fenster oder schlage es mit der in ein Tuchentuch gewickelten Faust ein. 3. Einen etwa offenstehenden Gasbehälter schließe man sofort. 4. Da das Ziel der Hilfeleistung die Zufuhr von Sauerstoff sein muß, suche man den Verunglückten aus dem gaserfüllten Raum schleunigst ins Freie zu bringen. 5. Künstliche Atmung und nach ihrem Einsetzen, oder aber, wenn sie noch erhalten, unmittelbare Zufuhr reinen Sauerstoffes wird in vielen Fällen das Leben wieder zurückbringen können.

Alle diese Vorschriften sind in ausführlicher gemeinverständlicher Form in einem Merkblatt zusammengestellt, das vom Reichsgesundheitsamt unter dem Titel „Kohlenoxyd-Merkblatt“ herausgegeben ist.

Alle Vorstellungen im großen Saal des Gewerkschaftshauses, Margaretenstraße 17.

Zur Beachtung!

Man lasse sich nicht dadurch beirren, daß auf den ausgegebenen Eintrittskarten als Vorführungszeiten angegeben sind 7 Uhr und 9 Uhr.

Wochenendfahrt in das Culengebirge.

Der Schlesische Verkehrsverband schreibt uns, daß am Sonntag, den 12. Februar, wiederum eine Kraftwagenfahrt in das Culengebirge stattfinden wird.

Neue Bäder.

Den Stadtratsordnen liegt diesmal eine Vorlage vor, wonach die bereits in der Bauanleihe des vorigen Jahres vorgesehenen Bäder im Coseler Wald für 300 000 Mark und im Sportpark Leerbeutel für 450 000 Mark nunmehr hergerichtet werden.

Das Waldbad im Coseler Sportpark ist als eine Volkserholungsanlage für den Westen der Stadt gedacht. Es enthält neben Planschbecken für Kinder ein Becken für Nichtschwimmer, ein Becken für den Schwimmlehrbetrieb und ein Schwimmbecken mit Sprungturm.

Das Schwimmbad im Sportpark Leerbeutel vervollständigt das Stadion. Es ist als Schwimm-, Sport- und Lehrbad, wie auch als Luft- und Lichtbad für Nichtschwimmer und Kinder gedacht.

Theater und Musik.

Lobe-Theater.

Uraufführung „Trommellieder“ von Hilfen Dufes.

Das Werk ist eine Dramatisierung des bekannten Romans des spanischen Geschichtes „El Menespieguel und Lamm de Dios“ des großen spanischen Romanciers Charles de Coster.

Trotzdem ist kein Drama entstanden. Das Stück ist vielmehr lediglich eine lose Szenenfolge, die noch nicht einmal eine abgeschlossene, in sich zusammenhängende Handlung enthält.

Die Folge ist, daß, trotzdem die Dialogführung recht lebendig ist und die einzelnen Szenen in sich dramatisch-technisch recht geschickt gebaut sind, das ganze Stück jeder Spannung entbehrt.

Endlich ist es dem Verfasser auch nicht gelungen, die feilsche Haltung der Menschen jener Zeit zum Leben zu erwecken.

das Furchtbare bewußt erlebt und wie dadurch in ihm der Haß gegen die Spanier erwacht.

Die Dramatisierung dieses Romans mußte aber auch mangeln. Denn man kann das Geschehen eines Romans, das nicht nur viele Jahre füllt und eine lang dauernde feilsche Entwicklung darstellt, sondern in dem auch eine fast unüberschaubare Fülle verschiedener Erlebnisse des Helden geschildert wird, nicht in dramatischer Form gestalten.

Die Folge ist, daß, trotzdem die Dialogführung recht lebendig ist und die einzelnen Szenen in sich dramatisch-technisch recht geschickt gebaut sind, das ganze Stück jeder Spannung entbehrt.

Endlich ist es dem Verfasser auch nicht gelungen, die feilsche Haltung der Menschen jener Zeit zum Leben zu erwecken.

Das Furchtbare bewußt erlebt und wie dadurch in ihm der Haß gegen die Spanier erwacht.

Zeit voll lang anhaltender, blutiger innerer und äußerer Kriege, voll größter Unruhe und Umwälzungen der gesellschaftlichen Verhältnisse.

Leider hat die Bearbeitung durch Paul Barnay die Mängel des Werkes noch verstärkt.

Dem gesamten Spiel fehlte die richtige Lebenskraft und Leidenschaftlichkeit.

Das Ganze machte den Eindruck der Ermattung. Wirklich ist das nur die Folge all der äußeren Wirksamkeiten, mit denen Barnay fortwährend zu kämpfen hat.

Der Reichspostprozess.

Der völkische Postinspektor Palm ist der Ankläger des ganzen Prozesses. — Der Angeklagte wird während der Verhandlung auf seinen Geisteszustand beobachtet.

Dieser Prozess, über dessen erste Verhandlungen wir gestern berichteten, nimmt einen recht eigenartigen Verlauf. Je mehr die Anklage zu einem geringfügigen Vergehen zusammenschrumpft, desto mehr weitet sich dieser Prozess aus, so daß sein Ende nach dem zweiten Verhandlungstage noch nicht abzusehen ist. Eine Fülle von Nebenfragen spielt hinein, die nur mittelbar mit der Anklage etwas zu tun haben, aber insofern von Bedeutung sind, daß sie einmal den kühnen Kampf der Kernprozeßteilnehmer mit der Reichspost zeigen, zum anderen aber auch die Machtnationen gewisser Beamter, deren Gesinnung wir gestern schon gezeigelt haben, aufdecken.

In einem Lokaltermin, der noch am Montag abend im Reichspräsidenten-Ring stattfand, wurden die Prozeßbeisitzigen mit den technischen Einrichtungen des Kernprozeßamtes vertraut gemacht. In der am Dienstag weitergeführten Verhandlung wandte sich der Angeklagte, Kaufmann V., zunächst beschwerdeführend gegen die Staatsanwaltschaft, weil diese seine Eingaben der Post weitergab, wozu sich diese aber berechtigt fühlte, da die Oberpostdirektion ja als Nebenklägerin auftrat. Hieran entspann sich eine längerer Debatte, ob die Post noch als Behörde und somit gemeinnützige Einrichtung anzupreisen sei, oder ob sie nur ein großes wirtschaftliches Unternehmen darstelle. Jedenfalls glaubt der Angeklagte auf Grund der Meinungslosigkeit, wie sie die Reichsverfassung gewährleistet, und auch im Hinblick auf § 193 Str.-G.-B. (Wahrnehmung berechtigter Interessen), daß er mit gutem Recht seine Kritik äußern konnte.

Nun trat der schon mit Spannung erwartete Zeuge, Postinspektor Palm auf, der den ihm zur Last gelegten Auspruch über die Kernprozeßordnung gütig leugnete, während V. durch Bemerkungen in seinen Akten, die er damals sofort machte, diese Auslage Palm's wörtlich niederlegte. Auch die bei V. beschäftigte Zeugin G. H. bestätigte, daß sich seinerzeit der Angeklagte sofort nach der Unterredung mit Palm über diesen Auspruch äußerte. Spannung löst ebenfalls der Antrag des Angeklagten aus, den völkisch gesinnigen Palm zu fragen, ob auf seinen Antrag hin die Oberpostdirektion Strafantrag gegen ihn gestellt habe. Nach kurzer Beratung beschließt das Gericht, diese Frage zuzulassen. Nun muß nach einigen Aussprüchen der Zeuge Palm erklären, daß er tatsächlich diesen Strafantrag veranlaßt habe.

Welche Bedeutung man dieser ganzen Sache gab, geht daraus hervor, daß der Generalstaatsanwalt den Angeklagten auf seinen Geisteszustand untersuchen lassen wollte. Da dies der Angeklagte aus berechtigten Gründen mit dem Hinweis auf seine Gesundheit verweigerte, ließ man ihn während der Verhandlung durch den Psychiatiker und Kreismedizinalrat Dr. Strahmann beobachten, der dann folgendes Gutachten über den psychischen Zustand des Angeklagten abgab. Der Angeklagte leidet an Quersulze. Der Quersulze zeigt sich vor allem darin, daß er mit 30 Jahren bald zu diesem Prozess anreife. Auch daß er sich für vollkommen gesund halte, sei ein Zeichen von Kraakheit (?). Obgleich ihm formal nicht verstanden sei, lehnt er an einer Psychiatrie, die Postangelegenheit sei ihm überwertig geworden, sie fülle sein ganzes Denken aus. Da die heutige psychiatrische Schule eine partielle Zurechnungsfähigkeit ablehnt, so muß er un-mündel seine Zurechnungsfähigkeit zum mindesten in dieser Angelegenheit bezweifeln.

Diesem Urteil wird von Seiten des Angeklagten und seiner Verteidigung lebhaft widersprochen. Mit aller Deutlichkeit wird diese Unterlegung an sich mißbilligt. Der Angeklagte habe schon vor Beginn der Hauptverhandlung erklärt, daß er für alle seine

„Vergehen“ volle Verantwortung übernehme und sich nicht hinter § 51 verschangen wolle. Er kann es nicht verstehen, daß man gerade ihn unterjuche; „es liege doch viel näher, Staatsanwaltschaftsrat Speer auf seinen Geisteszustand zu untersuchen, denn solche Randbemerkungen kann doch kaum ein normal veranlagter Staatsanwalt machen.“

Die Verhandlungen werden am Mittwoch weitergeführt. Trotz des Gutachtens, das allein die Freisprechung des Angeklagten zur Folge haben müßte, werden noch weitere Zeugen gehört werden.

Die Sache mit Helfrich.

Ein studentischer Hörer des großen Meisters Helfrich, Staatsrechtlers an der Breslauer Universität, wendet sich in einer langen Zuschrift an uns. Es interessiert daraus besonders, in welcher Weise Herr Helfrich Staatsbürgerlichen Unterricht an die künftigen Schüler der Republik erteilt. Der Student schreibt über seinen Professor:

Herr Professor Dr. Helfrich wird vom Freistaat Preußen dafür bezahlt, daß er die zukünftigen Richter, Staatsanwälte und höheren Verwaltungsbeamten zu geizigen Dienern des ihm und einstmalig ihnen Brot gebenden Vaters Staat heranziehe, ihnen den Geist der Staatsgenügnung eintrübe und sie lehre, Achtung zu haben vor allen Volksgenossen auch wenn sie nicht in der Lage waren, Korpsstudenten zu sein. Ob Herr Professor Dr. Helfrich freilich imitande (oder genauer) vielmehr bereit ist, dieses schwere und verantwortungsvolle Amt in der richtigen Weise auszuüben, das wage ich nicht zu entscheiden. Jedenfalls muß jedem ehrlichen Freund des Volksstaates das Herz bluten, wenn er sieht, wie des hohe und wichtige Amt (man vergegenwärtige sich nur einmal, wieviel Tausende von späteren Beamten im Laufe der Jahrzehnte fast ihre gesamte staatsrechtliche Vorbildung durch diesen Herrn erhalten haben und erhalten werden!) von dem genannten Herrn anstößig und systematisch zu durchgängigen parteipolitischen Zwecken mißbraucht wird. Es wäre nichts dagegen einzuwenden, wenn ein Hochschullehrer auch sachlich darlegte. Ich nehme nur daran Anstoß, daß Herr Geheimrat Professor Dr. Helfrich dies in einer Weise tut, die durch ihren schneidenden Spott, ihre beißende Ironie den jugendlichen und ohnehin vorurteilsvollen Zuhörern den letzten Rest der Achtung raubt, den sie vor dem Volksstaat und den Männern, die als seine Repräsentanten erscheinen, und nicht zuletzt der ungeheuren Ehrer von Staatsbürgern haben, die an dem Werk von Weimar mit allen Fasern ihres Herzens hängen, der Achtung, die unteren Staatsdienern in leitender Stellung so bitter nötig ist.

Was soll man dazu sagen, daß Herr Professor Dr. Helfrich es für richtig hält, in Vorlesungen beispielsweise über die Frage der Bezeichnung von Landratsposten mit sogenannten Tagesscheitern zu sprechen und zwar in einer Weise, daß — vermutlich geistlich — der Eindruck erweckt wird, als seien die betreffenden Posten mit Männern besetzt, die kaum lesen und schreiben könnten. Das geschieht etwa in folgender Weise: „Sehen Sie, Sie müssen mindestens 14 bis 15 Jahre die Schulbank drücken, besuchen vier Jahre die Universität, liegen noch weitere drei Jahre als Referendar Ihren Eltern auf der Lurche, manzen zwei große Staatsregimenter und sind dann erst Offiziere. Haben Sie dagegen heutzutage das richtige Parteidbuch in der Tasche, dann brauchen Sie nichts gelernt zu haben, nicht einmal alle Klassen der Volksschule besucht zu haben (verständnisvolles Gelächter); es genügt, daß Sie zur Not Ihren Namen richtig schreiben können; die juristische Arbeit nimmt Ihnen ein anderer ab; es wird eben jedem solchen Landrat und Regierungspräsident ein Justizier zur Seite gestellt, es kostet zwar doppelt soviel, aber wir haben's ja dazu. Es lebe die Republik!“

Oder ein anderes Beispiel: Es ist von Craher Reden und seiner Reform der Reichsverfassung. „Du Himmel, ich nehme es dem Manne nicht übel, daß er Schullehrer war. Ich möchte heute nichts gegen die Lehrer gesagt haben... es sind ja ganz anständige Leute, und man soll sie nicht verspotten. Ich verlange von einem Schullehrer auch nicht, daß er in finanziellen Dingen Bescheid weiß, dann soll er eben seine Nase nicht in Dinge hineinstecken, denen er nichts versteht.“

Daß Herr Professor Dr. Helfrich vom Revauchet begeistert ist, versteht sich natürlich ganz von selbst. Ein Spiel: Es wird Artikel 45, Abs. 2 der Reichsverfassung besprochen, welcher vorsieht, daß Kriegserklärung und Friedensschluß durch Reichsgesetz erfolgen. Zunächst einige Seitenhiebe gegen die „unseligen“ Beckmann-Hellweg, der bekanntlich manche Reden hatte, aber immerhin so ehrlich war, zu Beginn des Krieges einer Reichstagsfraktion offen zuzugeben, daß unser Ueberlegen gegen das kleine Belgien ein Unrecht war. „Wenn wir nicht in die Lage kämen, einen Krieg erklären zu müssen (!), müßten wir auf das nächste Reichsgesetzblatt warten.“ (Wütendes, allseitiges Gelächter). Herr Professor Dr. Helfrich erwidert dann die Emser Depesche, „wo Bismarck so geschickt die Worte wegstrich.“ (!)

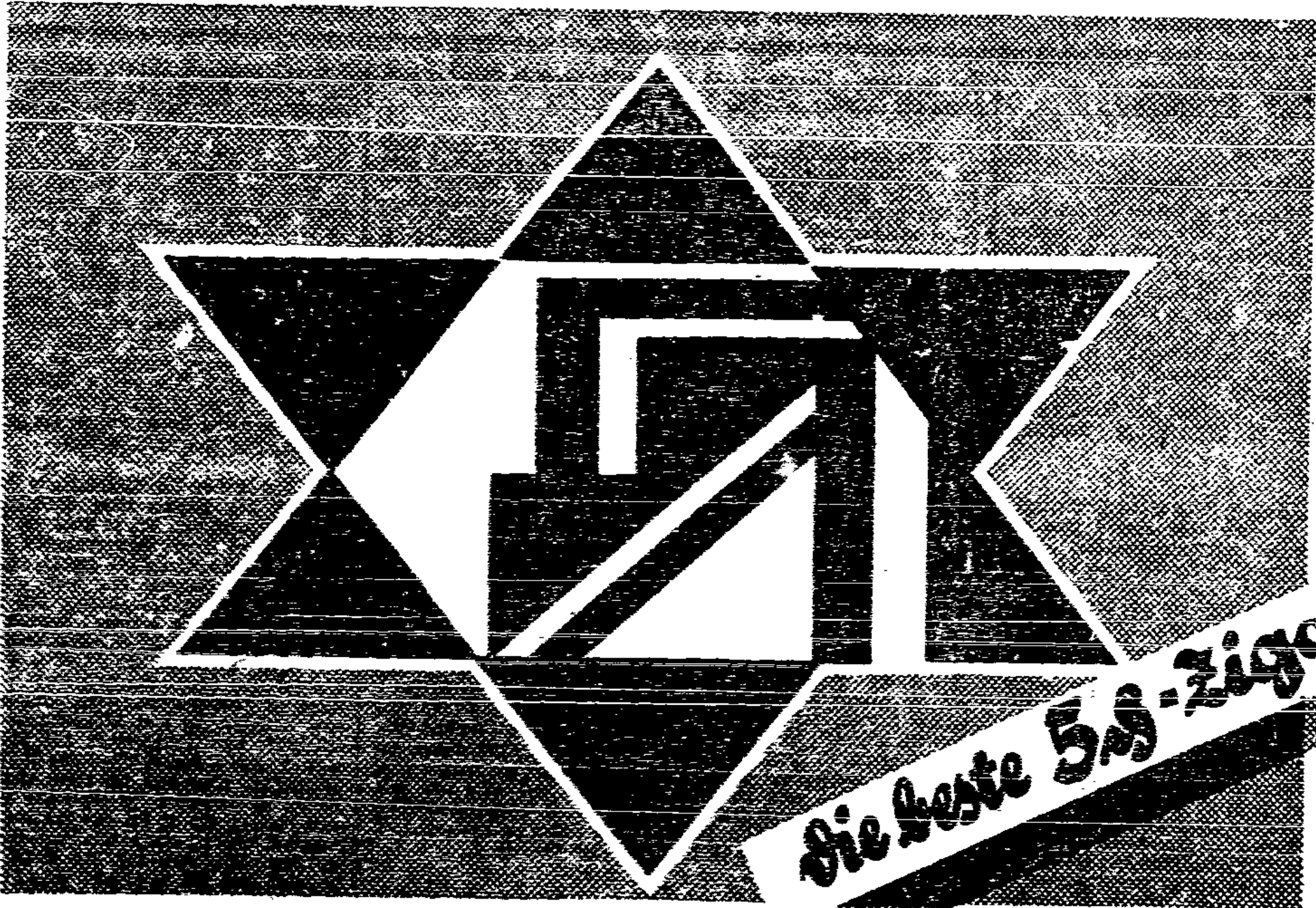
Im allgemeinen bemüht man sich sonst bei der Behandlung der Schulfrage am Kriege von 1870, die Sachlage so darzustellen, als ob Kaiser Wilhelm durch ungeheure Zumutungen Benedettis zum Kriege gegen Frankreich provoziert worden wäre, in Wirklichkeit war dies nicht der Fall, sondern ungeheuerliche Bismarck die überempfindlichen Franzosen durch seine Fälschung der Depesche (die den Anschein erweckte, als ob Benedetti durch eine scharfe Zurückweisung seitens des Kaisers Wilhelm sich beleidigt fühle) zur Kriegserklärung zu veranlassen während er in Wahrheit längst darauf brannte. Man beachte den Zynismus, mit dem diese recht machiavelistische Handlungsweise offen zugegeben und als Vorbild hingestellt wird. „Wenn ein Angriffskrieg (!) erfolgen soll, ist reiches Handeln erforderlich. Soll da nun wirklich, wenn es mal dazu käme, der Reichstag gefragt werden, Wenn, was wir doch alle hoffen, es dann kommt (minutenlanges Beifall), dann wird man sich einfach darüber hinwegsetzen.“ So geschahen am 4. Februar 1928.

Die Sätze sind von Herrn Professor Dr. Helfrich natürlich nicht genau so, wie sie hier stehen, formuliert worden, entsprechen aber dem Sinne seiner Ausführungen und beruhen auf stenographischen Aufzeichnungen. Kein Wunder, daß ein geistlicher solcher Fälle der Ruf laut wird, die Posten der Staatsrechtler als politische Posten zu erklären und mit ungenügenden Anhängern des Volksstaates zu besetzen, die die akademische Jugend im Geiste Weimars und speziell der Völkerverwöhnung erziehen, wie es Artikel 148 der Reichsverfassung vorsieht.

Der Ringerritt im Zirkus Busch.

Am Dienstag wurde der Entscheidungskampf Huthan gegen Brylla wieder aufgenommen. Im dritten Gang jagte Huthan, ganz gegen seine sonstige Gepflogenheit, einen Doppel-nelson, den Brylla durch heftige Ruderbewegungen mit den Armen sprengen wollte, das ihm auch glückte. Huthan legte Form, jedoch bei dieser Gelegenheit nach rückwärts und zwar auf beide Schultern. Damit ganz glücklich nach einer Gesamtdauer von einer Stunde 54 Minuten gesteuert. — Im Anschluß daran rangen Kawana und Ahrens. Letzterer griff sehr beherrzt an und brachte Kawana wiederholt in lädige Lagen. Zwei Gänge es liefen jedoch unentschieden. — Zum Schluß kämpften zwei technische sehr gewandte und im Gewicht etwa gleichartige Ringerritter Sieder und Kupper. Bereits nach 17 Minuten 40 Sekunden lag Kupper beiegt auf der Matte. Aus Anlaß des ersten Kampfes war der Zirkus - ufergewöhnlich stark besucht. Bekanntlich ist Brylla aus Warschau extra hierher gekommen.

BULGARIA



Die beste 5mg-Zigarette!

KRONE

Eine Stahlhelmsperrerei auf der Gräßhener Straße.

Am 15. Juli v. J. abends 8 Uhr, marschierte eine Stahlhelmsperrerei mit Waffent... In der Nähe der Gräßhener Straße entlang nach dem Sonnenplatz zu.

Der Krankensbesuch.

Berwandtschaftliche oder freundschaftliche Anteilnahme veranlaßt uns oft, einem Kranken einen Besuch zu machen.

Zunächst ist ein Krankensbesuch nur dann angezeigt, wenn er vom Arzt ausdrücklich gestattet ist.

Handelt es sich um ansteckende Krankheiten, so sind Besuche möglichst zu unterlassen.

Milch im Betriebe.

Die durch den Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft ins Leben gerufene Aktion zur Hebung des Milchverbrauchs hat bereits das Interesse weiter Kreise der Bevölkerung erregt.

Wenn auch bereits in einigen größeren Betrieben von Säuglings- und Säuglings als Folge dieser auffälligen Arbeit Einrichtungen geschaffen wurden,

Bei der Ueberlegung, daß ein Liter gute Vollmilch dem Nährwert von einem Pfund Rindfleisch oder dem von acht bis neun Eiern entspricht,

Früheren wegen Einrichtung der vorbedachten sozialen Maßnahmen werden seitens des Provinzialmilchsausschusses in

Morgens Donnerstag, den 9. Februar, wird die Ausstellung „Deutschland und Oesterreich“

Die Ausstellung ist täglich, auch Sonntags, geöffnet. Besuchszeit von 11-22 Uhr.

Zur Beachtung! Bei dieser Gelegenheit bitten wir, die dem DDBV und dem angeschlossenen Verbände,

Bei diesem Anlass bitten wir, die dem DDBV und dem angeschlossenen Verbände, die geschlossene Führungen durch die Ausstellung

Am 17. Dezember v. J.

Am 17. Dezember v. J.

Sozialdemokratische Partei Gewerkschaftshaus, Zimmer 30

Sozialistische Jungmänner. Am 20. Februar, 8 Uhr, in der Pökelstraße-Turnhalle.

Sozialistische Arbeiterjugend. Am 20. Februar, 8 Uhr, in der Parade, Mitgliederbesprechung.

Reichsbanner „Schwarz-Rot-Gold“. Am 19. Februar, 10 Uhr, im Runderbau.

Reichsbanner „Schwarz-Rot-Gold“. Am 19. Februar, 10 Uhr, im Runderbau.

Reichsbanner „Schwarz-Rot-Gold“. Am 19. Februar, 10 Uhr, im Runderbau.

Reichsbanner „Schwarz-Rot-Gold“. Am 19. Februar, 10 Uhr, im Runderbau.

Reichsbanner „Schwarz-Rot-Gold“. Am 19. Februar, 10 Uhr, im Runderbau.

Reichsbanner „Schwarz-Rot-Gold“. Am 19. Februar, 10 Uhr, im Runderbau.

Reichsbanner „Schwarz-Rot-Gold“. Am 19. Februar, 10 Uhr, im Runderbau.

Reichsbanner „Schwarz-Rot-Gold“. Am 19. Februar, 10 Uhr, im Runderbau.

Reichsbanner „Schwarz-Rot-Gold“. Am 19. Februar, 10 Uhr, im Runderbau.

Reichsbanner „Schwarz-Rot-Gold“. Am 19. Februar, 10 Uhr, im Runderbau.

Reichsbanner „Schwarz-Rot-Gold“. Am 19. Februar, 10 Uhr, im Runderbau.

Reichsbanner „Schwarz-Rot-Gold“. Am 19. Februar, 10 Uhr, im Runderbau.

Reichsbanner „Schwarz-Rot-Gold“. Am 19. Februar, 10 Uhr, im Runderbau.

Reichsbanner „Schwarz-Rot-Gold“. Am 19. Februar, 10 Uhr, im Runderbau.

Reichsbanner „Schwarz-Rot-Gold“. Am 19. Februar, 10 Uhr, im Runderbau.

Reichsbanner „Schwarz-Rot-Gold“. Am 19. Februar, 10 Uhr, im Runderbau.

Reichsbanner „Schwarz-Rot-Gold“. Am 19. Februar, 10 Uhr, im Runderbau.

Reichsbanner „Schwarz-Rot-Gold“. Am 19. Februar, 10 Uhr, im Runderbau.

Reichsbanner „Schwarz-Rot-Gold“. Am 19. Februar, 10 Uhr, im Runderbau.

Reichsbanner „Schwarz-Rot-Gold“. Am 19. Februar, 10 Uhr, im Runderbau.

Reichsbanner „Schwarz-Rot-Gold“. Am 19. Februar, 10 Uhr, im Runderbau.

Reichsbanner „Schwarz-Rot-Gold“. Am 19. Februar, 10 Uhr, im Runderbau.

Reichsbanner „Schwarz-Rot-Gold“. Am 19. Februar, 10 Uhr, im Runderbau.

Reichsbanner „Schwarz-Rot-Gold“. Am 19. Februar, 10 Uhr, im Runderbau.

Reichsbanner „Schwarz-Rot-Gold“. Am 19. Februar, 10 Uhr, im Runderbau.

Reichsbanner „Schwarz-Rot-Gold“. Am 19. Februar, 10 Uhr, im Runderbau.

Reichsbanner „Schwarz-Rot-Gold“. Am 19. Februar, 10 Uhr, im Runderbau.

Reichsbanner „Schwarz-Rot-Gold“. Am 19. Februar, 10 Uhr, im Runderbau.

Reichsbanner „Schwarz-Rot-Gold“. Am 19. Februar, 10 Uhr, im Runderbau.

Wöchentliche Wetterbericht des Meteorologischen Observatoriums Krietern bei Breslau.

Die Störungen der 8. Familie beginnen häufig östwärts vorüberzuziehen und führen zu einer Umgestaltung des bisherigen Winterwettercharakters.

Die Störungen der 8. Familie beginnen häufig östwärts vorüberzuziehen und führen zu einer Umgestaltung des bisherigen Winterwettercharakters.

Table with columns: Datum, Ort, Wetter, Wind, Regen, etc. for various locations like Breslau, Glogau, etc.

Das Wetter im Gebirge.

Von den nachfolgenden Stationen werden der Reihe nach Angaben gemacht über: Schneehöhe, Schneeschmelze, Schneefall, etc.

Gewerkschaftshaus - Lichtspiele

Nur Donnerstag, d. 9. u. Freitag, d. 10. Februar Keine Verlängerung! Täglich drei Vorstellungen!

Pat und Patachon als Millionäre

Die Kinder der Arbeitersportvereine und aller anderen proletarischen Gruppen haben bei gemeinsamem Besuch Preisermäßigung, aber nur zu den ersten zwei Vorstellungen.

Wegen Kirchensteuer gepöndelt

Am 24. Januar ein hiesiger Mechaniker, der im Jahre 1925 aus der Kirche ausgetreten ist.

Stunden-Lohnfortschritt

Immer dem herciis gemeldeten Ankauf des Autos sind nachstehende Gewinne: Ein Salonwagen im Werte von 2350 RM.

Eidender Oberrealschule

Sonntag, den 12. Februar, 11 Uhr, findet in der Aula das 2. Jugendkonzert für die Breslauer Volksschulen unter Leitung von Alfred Gebauer statt.

Hanns Federer-Abend

Professor Hanns Federer, der berühmte Kaler und Dichter, dem auf der Höhe seines künstlerischen Schaffens das Augenlicht erloschen ist.

Straßenüberfall

Am 3. Februar gegen 19.20 Uhr, wurde ein Kaufmann zwischen der Plagen-Allee und Höhenpöllnerstraße von einem unbekannten Manne überfallen.

Tragischer Unglücksfall

In ihrer Wohnung Klosterstraße 18 wurde am Dienstag abend die 49 Jahre alte Frau Martha Krieger, an einem Fensterbrett hängend, tot aufgefunden.

Waim Ueberziehzeiten des Fahrtraumes

Während der Ueberziehzeiten des Fahrtraumes wurde am Dienstag nachmittag in der Kaiserstraße die Witwe Auguste Schöppe, Tiergartenstraße 13 wohnhaft, von einem Radfahrer umgefahren.

Orchesterkonzert

Wohl das reizvollste am neunten Abonnementskonzert des Breslauer Orchesters im Konzerthaus war die Mitwirkung der Berliner Staatsoperngängerin Lotte Schürer.

Arbeiter-Sport

Sportvereinigung Nordost 93, e. V. Donnerstag, den 9. Februar, 19.30 Uhr, Turnhalle, Brodamer Straße, 11.11.11. Trainings. Sämtliche Stemmer und Anfänger müssen erscheinen.

Arbeiter-Turnverein

Arbeiter-Turnverein Nordost 93, e. V. Donnerstag, den 9. Februar, 19.30 Uhr, Turnhalle, Brodamer Straße, 11.11.11. Trainings. Sämtliche Stemmer und Anfänger müssen erscheinen.

Arbeiter-Sport

Sportvereinigung Nordost 93, e. V. Donnerstag, den 9. Februar, 19.30 Uhr, Turnhalle, Brodamer Straße, 11.11.11. Trainings. Sämtliche Stemmer und Anfänger müssen erscheinen.

Wöchentliche Dividendenliste der Berliner Börse

Table with columns: Dividende, Kurs, etc. for various companies like AGFA, etc.

Immer neue Betrugsaffären.

Der Hamburger Kriminalpolizei ist es gelungen, eine in Hamburg ansässige Betrügergesellschaft auszuschalten, die seit Jahren erfolgreich die Funkübermittlung französischer Kennen aufgefangen und die ihr beschlagnahmten Kennenresultate benutzt hat, um in letzter Minute bei Buchmachern Bestellen zu belegen. An den Betrügereien sind mindestens acht Personen beteiligt. Die drei verhafteten Haupttäter haben gestanden, den Schwindel auch in anderen deutschen Städten, so in Berlin, Chemnitz, Bremen, Düsseldorf, Leipzig, Hannover, Magdeburg usw. ausgeführt zu haben. Die Hamburger Buchmacher sind in wenigen Tagen um 6000 Mark geschädigt worden. Die in Leipzig hervorgerufenen Schäden dürften insgesamt 10 000 Mark betragen.

Der staatlich konfessionierte Berliner Pfandleiher Winter, der ähnlich wie der verhaftete Lombardhaus-Inhaber Sallo Bergmann Pfandbetrügereien verübt hat, ist bereits von mehr als 100 Gläubigern als Betrüger beschuldigt worden. Mit den Geschäften des Winter befaßten sich Staatsanwalt und Polizei schon seit längerer Zeit. Der Betrüger hat mit einer ganzen Reihe überbelegener Leute in Verbindung gestanden, die ihm als Vermittler und Schlepper dienten. Darunter befinden sich Leute, die erheblich vorbestraft und den Behörden wegen verschiedener Warenbetrügereien bekannt sind. Der betrügerische Pfandleiher, der im 63. Lebensjahre steht und Tischhofsowale ist, hat es bisher immer verstanden, sich in äußerst geistiger Weise bei den gegen ihn anhängig gemachten Prozessen aus der Schlinge zu ziehen. Er hat seine Geschäftskonzeption auf seine Ehefrau übertragen und ist selbst als „Geschäftsführer“ mit einem Monatsgehalt von 100 Mark angetreten, so daß alle Pfändungen gegen ihn fruchtlos verließen. Im Gegensatz zu Bergmann zahlte er von den versprochenen 24 bis 26 Prozent Zinsen überhaupt nichts; wenn die enttäuschten Gläubiger sich dann an ihn wandten, drohte er, sie wegen Zinswucher anzuklagen. Auf diese Weise ist es ihm gelungen, drei Kaufleute um zusammen 60 000 Mark zu betrügen. Auch bei diesen Machenschaften bediente sich Winter der Hilfe von Vermittlern, denen er erhebliche Provision gezahlt haben soll. Zwei dieser Vermittler waren von der Kriminalpolizei in der vergangenen Woche vorübergehend festgenommen worden, wurden aber später wieder auf freien Fuß gesetzt, da kein Fluchtverdacht vorliegt.

Ein Beamter der Breslauer Kriminalpolizei hatte sich im Zusammenhang mit der Bergmannaffäre schon vor Monaten an die Betrugsabteilung des Berliner Polizeipräsidenten gewandt und Aufklärung darüber verlangt, wie eine Verzinsung von 35 Prozent durch das Lombardhaus möglich sei. Die Betrugsabteilung des Berliner Polizeipräsidenten verwies den Beamten damals an die Zentralstelle zur Bekämpfung der Schwindelkriminalität in Berlin-Friedenau. Von hier aus wurde ihm mitgeteilt, daß keine Beschwerde gegen das Unternehmen vorläge. Drei Tage, nachdem diese Nachricht bei ihm eingelaufen war, erhielt der Beamte von dem verhafteten Vertrauensmann Bergmanns, Ohnstein, ein Schreiben, in dem dieser sich ausdrücklich auf die gute polizeiliche Auskunft über das Lombardhaus bezog. Durch wen der Vertrauensmann Bergmanns so schnell über den Schriftwechsel mit der Polizeibehörde und der Zentralstelle zur Bekämpfung der Schwindelkriminalität unterrichtet wurde, ist bisher noch nicht aufgeklärt.

Der neue Pfandhausstandal.

Bei dem neuen Berliner Pfandhausstandal handelt es sich um unredliche Machenschaften des Pfandleihers Bernhard Winter, in Firma „Winters konfessioniertes Pfandhaus“, in der Friedrichstraße 236. Bei den Polizeibehörden haben sich bisher etwa 100 Personen gemeldet, denen Winter entweder wertlose Pfandheime verkauft, oder denen er unter Verpfändung falscher Tatsachen größte Beträge zur Führung seines Geschäftes entlockt hat. Winter ließ die Konzeption auf seine Ehefrau übertragen und arbeitete als „Geschäftsführer“ mit einem so niedrigen Gehalt, daß alle Pfändungen fruchtlos verließen. Nach dem Muster Bergmanns inserierte Winter in Berliner Tageszeitungen und suchte „Sparanlagen“, die er mit 24 bis 36 Prozent zu verzinsen versprach. Der Umfang, den die Betrügereien Winters angenommen haben, wird von den Polizeibehörden augenblicklich noch nachgeprüft.

Schneestürme in Rußland.

An der Tschukoter Eisenbahn müdet ein Schneesturm, der die Einstellung des Verkehrs auf der ganzen Linie zur Folge hatte. Der Bahndirektor ist an vielen Stellen von bis zu 10 Meter hohen Schneeschichten bedeckt. Die Stadt Kizjusinsk ist vom Schnee verschüttet. Die Schneemassen liegen bis zu 21 Fuß hoch. Auch aus Charkow, Tiflis und der Krim werden Schneestürme gemeldet. Der Eisenbahnverkehr mußte auch dort verschiedentlich unterbrochen werden.

Ein neuer Flugversuch London—Australien.

Der englische Flieger Gindler, der einen Flug ohne Begleiter nach Australien plant, ist Montag in einem kleinen 30 PS-Flugzeug von Croydon abgeflogen.

Zwei tödliche Verkehrsunfälle.

In der Berliner Straße in Berlin-Tempelhof wurde Dienstag vormittag die 84jährige Witwe Richter von einem Arbeitswagen der Straßenbahn umgefahren. Frau Richter erlitt einen schweren Schädelbruch und mußte in beinahe tödlichem Zustande dem St. Robert-Krankenhaus zugeführt werden. Dort ist sie ihren schweren Verletzungen erlegen.

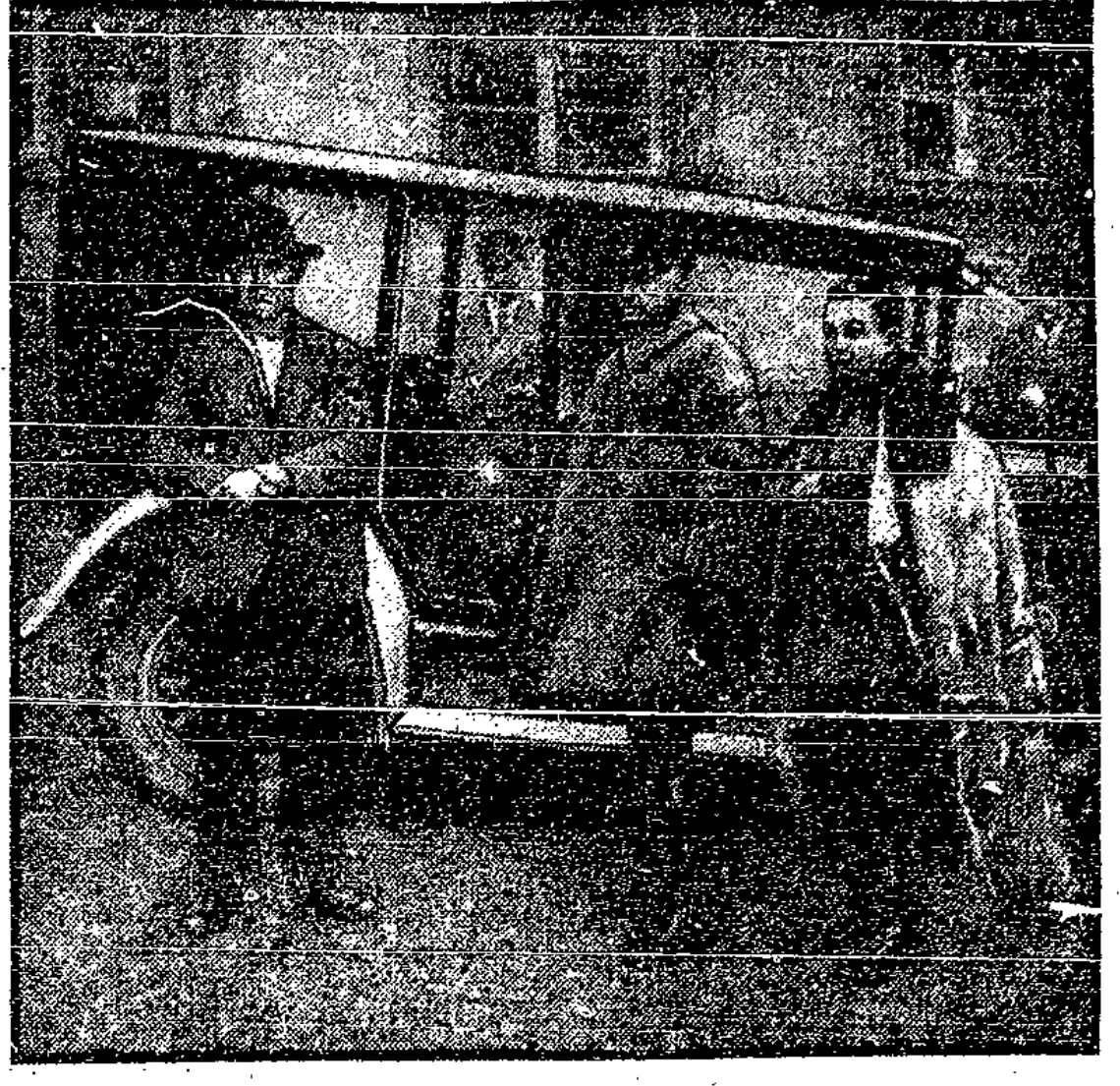
An der Greifswalder, Ecke Carmen-Sylvia-Straße in Berlin wurde ein ungefähr 50 Jahre alter Mann von einem Dienstwagen der Autobus-Gesellschaft überfahren; schwer verletzt nach der Rettungstelle gebracht, ist er unter den Händen des Arztes verstorben.

Selbstmord.

In einem Anfall von Verzweiflung sprang am Dienstag morgen der 38jährige Konditor Konrad Petron aus dem Fenster seiner im fünften Stock gelegenen Wohnung in der Winterfeldstraße 25 in Berlin auf den Hof hinab. Er war sofort tot.

Der Posträuber Hein,

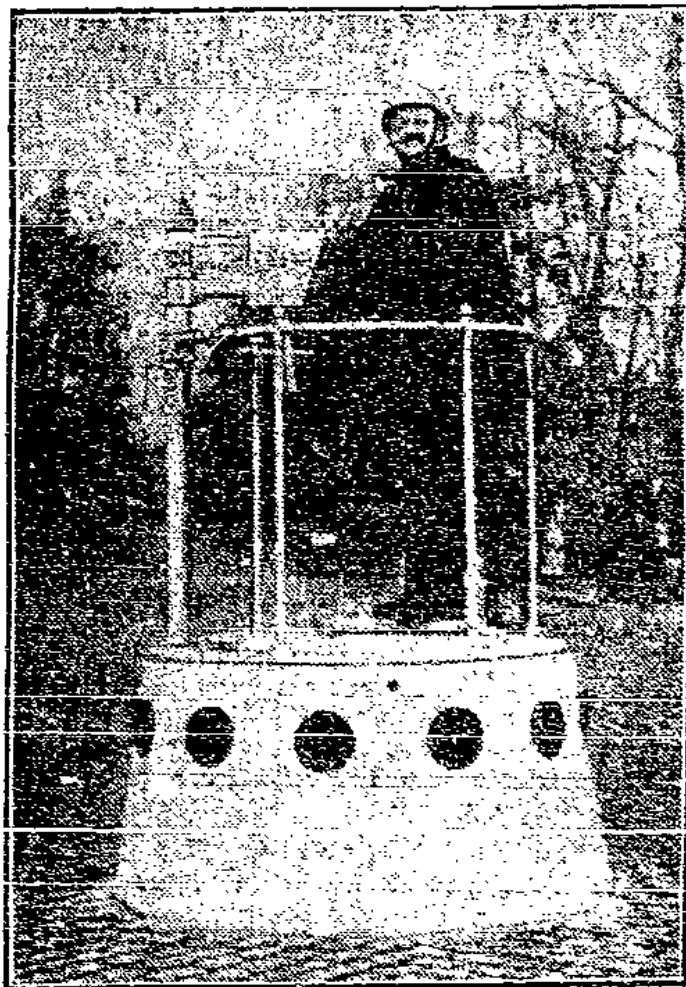
der nach seinen Bluttaten in Jena, Plauen und Unterzimmern sich seinen Verfolgern jedesmal entziehen konnte und drei ihn verfolgende Polizeibeamte erschoss, konnte bei Weingarten (Coburg) festgenommen werden. Das Bild zeigt Hein (1) vor dem Bezirksamt Staffelstein, daneben (2) den Polizeirittmeister Lechner von der Bamberger Polizei, der Hein festnahm.



Ein Rennstallbesitzer unter dem Verdacht des Versicherungsbetruges verhaftet.

Am 8. Dezember brannte auf der Teigtier Rennbahn eine Baracke nieder, in der 22 Pferde des Rennstallbesitzers Konink untergebracht waren. 10 Pferde, darunter die besten des Stalles, sowie 2 Muttertiere und 2 Fohlen verbrannten. Die Schuld würde zunächst der Stallwache zugeschoben. Bald wurde jedoch bekannt, daß die finanzielle Lage des Rennstallbesitzers, eines Holländers, nicht erfreulich war. Er trat der Verdacht der Brandstiftung auf. Nun wurde Konink, als er sich auf dem Wege nach Holland befand, in Münster wegen Verdachtes der Brandstiftung und des Versicherungsbetruges verhaftet. Die Untersuchung ist im Gange.

Neue Verkehrsregelung in Brüssel.



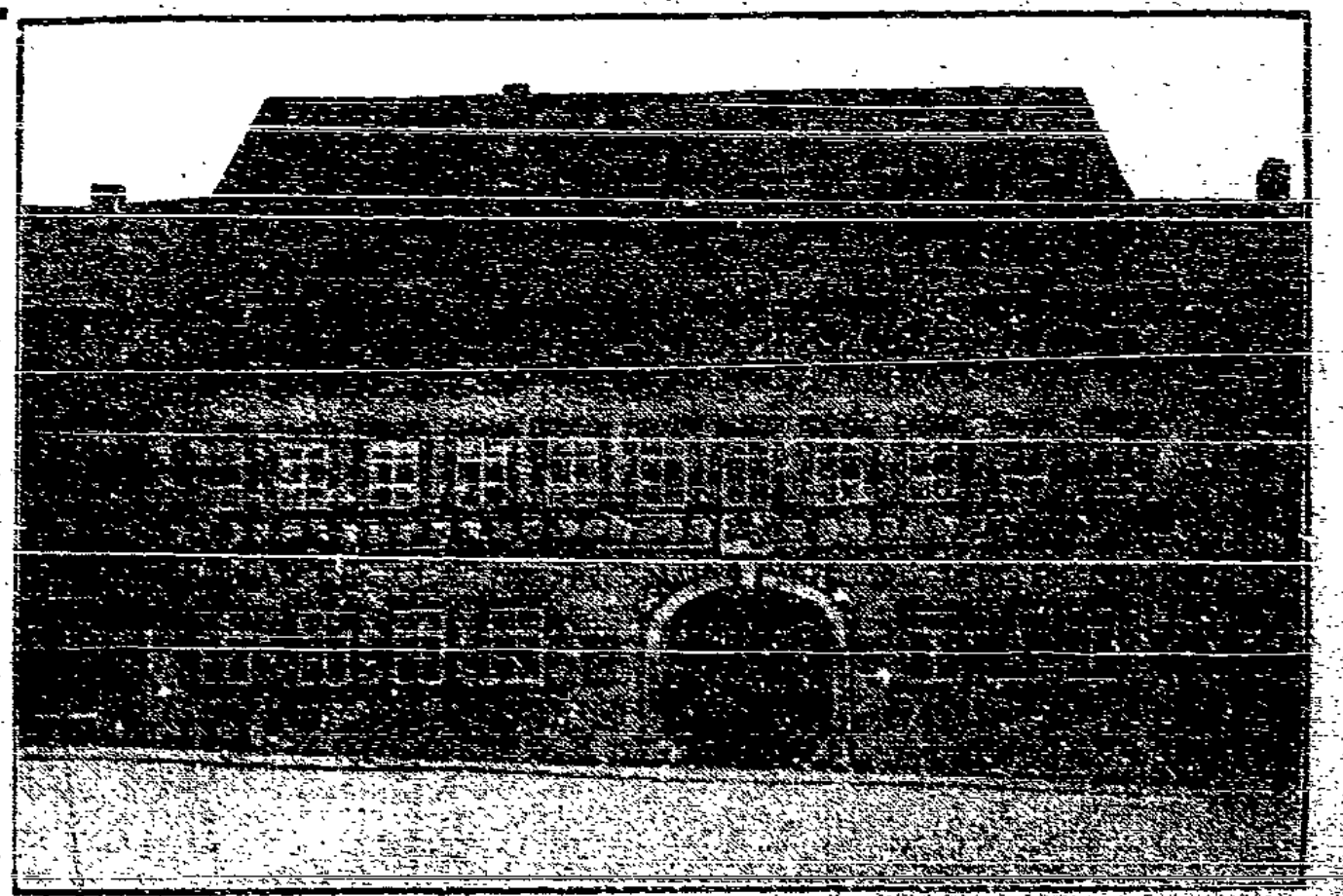
Auf dem Place Madou in Brüssel ist ein ganz neuer Verkehrssturm aufgestellt, von dem aus ein Polizist durch rote und grüne Lichtsignale den immer stärker werdenden Verkehr regelt.

Explosion eines Hochdruckkompressors.

Sonntag nacht gegen 1 Uhr ist der Hochdruckkompressor auf der neuen Gasbereitungsanlage der Gewerkschaft Mont Cenis bei Soddingen (Westfalen) explodiert. Das Maschinenhaus geriet in Brand. Die Feuerwehren der Gewerkschaft von Soddingen und Herne konnten nach einträglicher Arbeit den Brand löschen. Der Materialschaden ist beträchtlich. Personen sind nicht zu Schaden gekommen. Die Arbeit in dem in Mitleidenschaft gezogenen Teil des Betriebes ruht.

Ein 500 Jahre alter Gasthof.

Auf ein 500jähriges Bestehen kann der Gasthof „Goldener Löwe“ in Geithelm i. Sach. zurückblicken.



Raubmord.

Der Landwirt Michael Degen, ein wohlhabender Junggeselle, wurde in Waldesh (Eifel) in seiner Wohnung tot aufgefunden. Die Leiche wies mehrere Schusswunden auf. Einer der Schüsse hatte das Herz durchbohrt. Nach den Umständen ist Raubmord anzunehmen. Die Wohnung war von unten bis oben durchwühlt. Der Täter ist noch nicht bekannt.

Der vermählte Bürgermeister von Melungen als Leiche aufgefunden.

Aus der Fulda wurde Dienstag beim städtischen Wasserwerk in Kassel eine männliche Leiche gelandet. Der Tote wurde als der seit dem 24. Dezember v. J. vermählte Bürgermeister von Melungen identifiziert. Ob ein Unglücksfall vorliegt, bedarf noch der Untersuchung.

Ein Bauhaus macht bankrott.

Das Bauhaus Hermann Johannsen in Weimar hat am vergangenen Sonnabend seine Zahlungen eingestellt. Der Inhaber Hermann Johannsen ist am Freitag von Weimar vermutlich nach dem Auslande geflohen. Die Verluste sind sehr erheblich und treffen in der Hauptsache Gewerbetreibende und kleinere Existenzen.

Beim Handieren mit einer Pistole verlegt.

Beim Handieren mit einer alten Pistole wurden in Kassel zwei Schüler verlegt. Dem einen Schüler wurde die Hand durchschlagend, am Armpfeifen des zweiten wird gezwischt.

Fünf Bergleute verunglückt.

Am Sonnabend wurden auf der Schachtanlage Viktor III bis IV bei Castro-Panzel fünf Bergleute durch zu Bruch gehen einer Strecke verschüttet. Vier der Verschütteten wurden nach kurzer Zeit in schwer verletztem Zustande gerettet. Der fünfte Verunglückte konnte bis heute abend nicht geborgen werden, sodaß mit seinem Tode gerechnet werden muß.

Das erste Lebenszeichen von Sven Hedin.

Fräulein Alma Hedin, die Schwester des Forschers Sven Hedin, hat von ihrem Bruder ein Telegramm folgenden Inhalts erhalten: „Samt glücklich angekommen nach schwerer Reise, alles sehr gut. Wir forschten bald nach Urumtschi. Alle lieben Briefe bekommen, auch die anderen Abteilungen wohl behalten.“ — Sven Hedin.

Eine neue Kältemeile in Bulgarien.

Eine neue Kältemeile hat Bulgarien seit zwei Tagen heimgejagt. Die Temperatur ist sehr beträchtlich gesunken. In dem Dorfe Knojia im Bezirk Kiewen zeigte heute das Thermometer einen Stand von 23 Grad unter Null. Schneefälle sind von nördensher gemeldet worden.

Erdbeben auf den Philippinen.

Ein heftiges zwei Minuten dauerndes Erdbeben wurde Montag auf der Insel Mindanao, einer der Philippinen-Inseln und zwar in der Provinz Davao verspürt. Meldungen über Menschenverluste oder Sachschaden sind nicht eingelaufen.

Schweres Autounglück in Französisch-Marokko.

In Meknes (Marokko) fuhr ein aus Fez kommendes Lastauto infolge Verlagens der Bremse in eine vom Mäandern zurückkehrende Abteilung Schützen. Ein eingeborener Schütze wurde getötet, ein französischer Sergeant und fünf eingeborene Schützen wurden schwer verletzt.

Morgen nach dem Maskenball.

Von Hermann Hesse.

Ich habe kein Glück. Zuerst war alles gut,
Sie sah auf meinem Knie und war ganz gut,
Dann ist sie mit dem Pierrot fortgelaufen,
Und ich, vor Wut, fing wieder an zu laufen.

Jetzt hab ich ein paar Lischchen ungerissen
Und habe dieses Loch am Knie gefriegt.
Und hab kein Geld mehr, und die Brille ist
zerbrochen —
Tawohl, du Teufelsweib, ich bin besiegt.

Und außer all der andern Schweinerei
Erst noch ein mehr als elendes Gewissen!
Ach wäre dieser Sonntag schon vorbei.
Und ich und Du, und dieses ganze Leben!
Ich höre auf, ich muh mich übergeben.

(Mit besonderer Erlaubnis des Verlages Ernst Rowohlt, Berlin, der ausgezeichneten Wochenschrift „Die literarische Welt“, entnommen).

Der „Erste Sozialist“ der neuen Zeit.

(Zum 450. Geburtstag des Thomas More am 7. Februar).

Von Prof. Karl Borländer.

Durch seine gleich zu nennende „Utopia“
Unter den ausgeprägten Persönlichkeiten, die gerade das
Zeitalter der Renaissance in Fülle hervorgebracht hat, finden sich
kaum welche von so entgegengelegtem Wesen wie Niccolò
Machiavelli und Thomas More.

Schon der Himmelsstreich, unter dem sie aufwuchsen, konnte
dazu beitragen. Hat Machiavelli unter dem sonnigen Himmel
Mittelitaliens das Licht der Welt erblickt, so wurde More am
7. Februar 1478, also noch nicht neun Jahre später, ebenfalls
ein Juristensohn, in dem nebelreichen London geboren, jener in
einem kleinen Freistaat, dieser in der Hauptstadt eines nationa-
len Königreichs. Der eine ein heißblütiger und dabei doch
kühl rechnender Romane, der andere ein bedächtiger Germane
angelsächsischen Gepräges. Die geistige Ausbildung war wohl
ähnlich, nur daß More eine wirkliche Universitätsbildung in
Oxford genoss und, trotz seines juristischen Proletariats, das ihn
später zum vielbeschäftigten Richter und Vertrauensmann der
Londoner Kaufmannschaft machte, einer der Führer des
Humanismus geworden ist. Jagen den Florentiner früh die
praktischen Staatsgeschäfte und in der Geschichte die Römer an,
so fühlte sich der Engländer in erster Linie von dem im fünf-
zehnten Jahrhundert neu entdeckten Griechen, vor allem Plato,
daneben von den Naturwissenschaftlern und den Römern angezogen,
auch seine älteste Tochter wurde eine bekannte Humanistin, er
lebte mit einem vertrauten Freund des berühmten Erasmus, der
ihm seine wertvollste Schrift „Das Lob der Torheit“ widmete.
Wie dieser, ein feiner Kopf und gelegentlich ironischer Spötter,
auch ein Gegner des eitellichen Papstentums, bleibt er gleich-
wohl im Gegensatz zu Machiavelli innerlich religiös; hatte er
doch eine Periode hinter sich, in der er ins Kloster gehen wollte,
und ist er doch zuletzt ein Märtyrer seines Glaubens geworden.
Lebte er auch von Anfang an für Politik interessiert
und wurde schon als Fünfundzwanzigjähriger Parlamentsmit-
glied in London.

Durch seine gleich zu nennende „Utopia“ weltberühmt ge-
worden, trat er 1518, wohl ohne innere Neigung, in den Dienst
des absolutistischen Königs Heinrich VIII., schrieb 1523 zu dessen
Verteidigung gegen die große Schmähschrift Luthers eine nicht
weniger scharfe Erwiderung, der fünf Jahre später noch ein Dialog
über Gehezeiten und Religionsstreitigkeiten folgte, wurde rasch
zum höchsten Staatsbeamten, 1529 sogar, als erster Bürgerlicher,
zur obersten Reichswürde des Lord-Kanzlers von England be-
fordert, geriet aber dann in Konflikt mit dem Könige, weil er
sich weigerte, dessen eigenmächtige Ehebindung anzuerkennen und
ihm den Eid als oberstem Haupte der englischen Kirche zu
leisten. Er wurde nach langer Kerkerhaft zum Tode durch
Henkershand verurteilt, den er am 16. Juli 1535 mit standhaftem
Mute erlitt.

Schon hieraus ergibt sich, daß er in viel höherem Grade
als der sich den Zeitumständen mehr anbequeme Machiavelli
ein Mann der Grundtugenden, ein Charakter gewesen ist. Letzterer
ist in erster Linie Machtpolitiker, wenn auch nicht ohne ideale
Motive, More in erster Linie Idealspolitiker, Ethiker, wenn auch
nicht ohne politische und namentlich ökonomische und soziale
Bewegungsgründe. Die bei dem sonst so klugen und modernen
Machiavelli vollständig in den Hintergrund treten. Vor allem
aber, worauf uns eben dieser letzte Gedanke hinleitet: Der
Italiener ist seiner Weltanschauung nach Individualist, der
englische Kanzler dagegen der erste Sozialist der
neuen Zeit. Das wollen wir nun an seiner uns hier allein
angehenden Schrift von 1516, der „Utopia“, des näheren sehen.

More (die bei den Humanisten übliche Latinisierung von
Moro) hat seine Schrift nicht selbst herausgegeben, sondern sie,
ausgehend aus Vortritt, seinen niederländischen Freunden
Erasmus und Peter Agidius mit einem offenen Brief vom
3. September 1516 an den letzteren, zum Druck übergeben, der
dann auch noch vor Ende genannten Jahres vorkam.
In dieser Vorrede, die übrigens ein höchst lebendiges Bild von
seinem damaligen viel beschäftigten Londoner Leben im Amt
und Familie entwirft, heißt der Titel bloß: „Ueber die beste
Staatsverfassung“ (de optimo rei publicae statu), während der
Druck selbst sie als „wahrhaft goldenes und ebenso heiliges
aus artiges Büchlein über die beste Staatsverfassung und die
neue Insel Utopia“ bezeichnet. Das Buch ist also im Gegen-
satz zu Machiavelli's „Principe und Discorsi“, abschließend in der
lateinischen Schriftsprache geschrieben, während sonst von
More auch englische Schriften herrühren. „Utopia“ (aus dem
Griechischen bedeutet „Nirgendland“, also eine Erfindung des
Verfassers) und hat der ganzen Literaturgeschichte der Utopien
den Namen gegeben. Aus keinem Brief des Erasmus ist zu
schließen, daß das zweite Buch, d. h. die eigentliche Beschreibung
der Insel Utopia, zuerst niedergeschrieben und das erste, die
Einführung dazu, erst später hinzugefügt worden ist.

Gerade diese Einführung, die nicht weniger als ein Drittel
des Ganzen umfaßt, ist von hervorragender Wichtigkeit für die
Erkenntnis des eigentlichen Zwecks und Charakters der Schrift.
Sie beweist, daß die letztere ihrem Verfasser nicht, wie noch im
Jahre 1883 ein Gelehrter gemeint hat, „das phantastische Gaudium
einer vertraulichen Stunde“ gewesen, sondern aus sehr
erhellen praktischen Erwägungen heraus geschrieben worden ist.
Denn sie geht aus von einer Unterhaltung des Verfassers mit
dem mittelrheinischen Karlsruher Hofmeister, dem später die Schilder-
ung des glücklichen Inselstaates Utopia in den Mund gelegt

wird, über — die sozialen, übrigens auch in den damaligen
Parlamentsverhandlungen erörterten Zustände Englands. Raphael
erzählt von einem Gespräch, das er bei einem englischen Kardinal
mit einem Rechtsgelehrten über die grausame Bestrafung der
übermäßigen Anzahl von Dieben geführt habe, von denen man
mitunter zwanzig an einem Galgen hänge, und deren Zahl
trotzdem nicht abnehme. Er selbst, der Hauptwortführer der
ganzen Schrift, habe dann dem Kardinal klar gemacht, wie die
letzte Erklärung dieser Tatsache in dem sozialen Elend der
Betroffenen zu finden sei. Nicht nur liefern die beständigen
Kriege eine Menge von geschwächten und verfallenen Menschen,
unfähig ihr Brot zu erwerben, sondern, was wichtiger ist, die
zahlreichen, müßiggängerischen Edelleute, die den Drogen gleich
— das selbe Bild findet sich in Platos „Staat“, den More gut
gekennzeichnet hat — von der Arbeit ihrer Bauern leben, saugen diese
noch überdies durch Steuern aus und halten große Scharen zu
nichts anderem tauglicher Diener, die, sobald ihr Herr stirbt oder
sie erkranken, auf die Straße geworfen werden und bloß zwischen
Verhungern und Stehlen die Wahl haben. Abschließend geht er bei
fast allen Völkern Europas; in England gibt es aber noch eine
besondere Ursache des Elends: die — Schafe!

Die sonst so sanften und genügsamen Schafe sind es, die
ganze Menschen, Felder, Häuser, Gemeinden verschlingen. Wie
geht das zu? Nun, heutzutage sind Barone und hochwürdige
Prälaten nicht mehr mit ihren bisherigen, ihnen doch ein mühe-
loses und lustiges Leben verbürgenden Einkünften zufrieden,
sondern verwandeln ihren Ackerboden, ja ganze Dorfgemeinden
in eingesehete Schafweiden, weil der Verkauf der Schafwolle an
die flandrischen Spinner und Weber ihnen einen weit höheren
Gewinn verschafft, als der des Getreides ihnen liefern würde.
Die wirtschaftlichen Folgen sind die vorauszuhebenden: Ver-
wüstung des Kleinbauernstandes, Entvölkerung des platten
Landes, zunehmende Teuerung, Armut und Arbeitslosigkeit,
während der Reichtum sich immer mehr in den Händen weniger
konzentriert; die sittlichen: Diebstahl und (was die „Coleren“
vorziehen) Räuberei, Bogabundenweien auf der einen, Aeppli-
keit und Sittenlosigkeit, Heuchlei und geistliche oder ungeistliche
Beiräuberi auf der andern Seite. Man sieht: eine schneidende
Sozialkritik, wie sie nicht bloß von Plato im Altertum, sondern
auch von modernen Sozialisten kaum überboten worden ist.

Und wie aus diesem Elend herauskommen? Etwa dadurch,
daß man den Herrschern allerlei soziale Reformmaßregeln vor-
schlägt? Der More des Dialogs antwortet „ja“, da das Bessere
des Guten Feind sei und nicht alles gut werden könne, ehe
nicht alle Menschen gut seien, was noch „etliche“ Jahre dauern
werde. Raphael dagegen, in dem wir höchstwahrscheinlich den
eigentlichen More zu erblicken haben, hält nichts von diesem
Vorschlag, zumal da die Gedanken der Fürsten und Regierungen
doch auf nichts anderes gehen als auf Eroberungen, Steigerung
ihrer Soldatenmacht und ihrer Einkünfte. Es gibt vielmehr nur
ein wirkliches Heilmittel — und damit kommen wir zu dem
Hauptunterschiede von Machiavelli —, das allen jenen Missetän-
den mit einem Schlag ein Ende zu bereiten vermag: vollständige
Aenderung der bisherigen Wirtschaftsweise durch Abschaffung
des Privateigentums. Mit einem Wort: More ist der
erste grundsätzliche Sozialist der neuen Zeit. Der Dialog-
More hält Raphael die auch heute noch üblichen Einwände gegen
die Gemeinwirtschaft entgegen: Niemand werde dann mehr durch
Lust auf persönlichen Gewinn zur Arbeit angepornt werden,
jeder suchen, sich der Arbeit zu entziehen; so werde allgemeine
Trägheit und in ihrem Gefolge Mangel, Streitigkeiten, Miß-
achtung aller Autorität, beständiger Aufruhr und Blutvergießen
eintreten. Auf diese Kritik antwortet Raphael mit seiner aus-
führlichen Schilderung der sozialistischen Einrichtungen und
Sitten der von ihm bei Gelegenheit einer Weltreise besuchten
Insel Utopia, die ihm so gut gefallen, daß er fünf Jahre auf ihr
verweilte und nur der Wunsch, sie der übrigen Welt mitzuteilen,
ihn zum Verlassen des glückseligen Landes bestimmte. — (Mit
besonderer Erlaubnis des Verlages Quack & Wener in Leipzig,
dem ausgezeichneten Werke des Sozialistischen Gelehrten von
Machiavelli bis Lenin entnommen.)

Am Ende kein Ende.

Skizze von Max Barthel.

Als Karl endlich gestorben war, an Schindhucht, Klein-
vergiftung und Alkohol, kam auch sein Bruder Paul nach Berlin.
Zunächst Jahre hindurch waren sich die Brüder fremd gewesen,
und sie blieben sich fremd bis über den Tod hinaus. Paul kam
aus Ostpreußen, aus Tapiau, und von dort kamnte auch der große
Eigentum mit der schwarz-weiß-roten Schleife, den er in das
graue Hinterhaus mitbrachte. Er kam eine halbe Stunde vor dem
Begräbnis. Schon sammelten sich Karls Verbandskollegen, und
Elsa, die Frau des Toten, weinte. Noch eine kleine Weile, dann
würde sich der ganze Hof füllen, über den schwarzen Ängsten der
Kameraden würden rote Fahnen wehen: auch heute sollte der
Tod entpersönlicht und Angelegenheit der Klasse sein. Was sollte
da der Bruder Paul, der kleine Handwerker, mit dem Kranz, mit
den kaiserlichen Farben?

„Paul“, sagte Elsa hilflos und starrte auf den Kranz, „Paul,
das ist ja rührend, daß du die weiße Reife gemacht hast, aber das
geht doch nicht, das da mit dem schwarz-weiß-rot.“
„Ich ehre Karl auf meine Art und Weise“, sagte der
Schwager und langunterdrückter Groß brach in ihm hoch. „Ich
kann es nicht glauben, daß er so geworden ist. Er war ein guter
Soldat und jetzt... Und wenn er so geworden ist, bist du schuld
daran. Ich habe immer gesagt, Karl, sagte ich, nimm dich vor
Berlin in acht und vor den Weibern.“
„Sei still, du!“ rief Elsa auf. „Im Nebenzimmer liegt
mein Mann. Du hast dich eine Ewigkeit nicht um ihn oder um
seine „Seele“ gekümmert, und jetzt ergeht du Anträge. Sei still,
wenn Karl noch lebte, dürftest du mich nicht beschimpfen.“
Der hilflose Hof füllte sich langsam mit den Kollegen. Paul
trat an das Fenster und sah die kleine Verlammlung Alles
erkennen ihm fremd, sonderbar: die weinende Frau, der blaue Hof,
die roten Fahnen.

„Was wollen denn die Leute?“ fragte er und trat zurück,
aber ehe Elsa antworten konnte, kam der lange Hellmann ins
Zimmer, Karls Freund und Genosse. Als er den Kranz mit der
sonderbaren Schleife sah, verzog sich sein Gesicht.

„Das ist Paul, der Bruder von Karl“, stellte Elsa den
Gast vor.
„Angenehm“, sagte Hellmann und lächelte höhn.
Paul war verwirrt.

Der dunkle Hof hatte sich mit den Kollegen des Toten gefüllt.
Immer neue Gruppen marschierten auf, junge und alte Arbeiter,
kontingiert gekleidet. Man sah ernste Gesichter, lächelnde Ge-
sichter, Partyspielchen. Vier Männer traten in das Zimmer,
gingen in den Nebenraum und hielten den Sarg. Elsa, Paul und
Hellmann folgten ihnen. Auf dem Hof bildete sich eine schweigende
Gasse, als der tote hinausgetragen wurde. In der Ferne der
Gartenhäfen lagen neugierige Frauen. Im Nebenhof ratterte
musikalisch eine inakustische Drehorgel.

Die Männer ordneten sich zu einem Zug, Riechen dem voraus-
gegangenen Sarge nach auf die schmuggige Straße, auf der sich viele
Gaffer eingewunden hatten. Dann begann ein halbherziger Marsch
durch die verkeimerte Stadt nach dem Friedhof. Karfunkel war
es lächerlich: dreißig Jahre, gesunde Männer verjüngten einen
halben Arbeitstag, um einem toten Menschen die letzte Ehre zu

zu geben. Die letzte Ehre? Oh, sie gaben sich selbst die Ehre,
diese dreißig Mann, die Ehre nämlich, den gestorbenen Kameraden
über den Tod hinaus mit dem Schicksal der Klasse zu verbinden
und ihm in großartigem Mutzug durch die rasende Stadt zu
führen, gemessen, Schritt für Schritt, aber ohne große Trauer.

Autos sprangen vorüber, Straßenbahnen schwante vorbei,
Märche schauten, kleine Kinder liefen dem Zug nach, ein alter
Mann betrauerte sich, ein tüchtiger Geschäftsmann dachte einen
Niemang lang an den Tod, ein krankes Mädchen an ihre baldige
Genehung. Endlich war der Friedhof erreicht.

Auch Paul war mitmarschiert. Oh, er hatte diese Leute,
er hatte diese Frau und diese graue rauhe Stadt Berlin. Und
als er nun mit seinem Kranz an die offene Grube treten wollte,
kamen drei junge Leute und drängten ihn zurück. Ja, sie
drängten den Bruder zurück. Bruder, was war schon ein Bruder?
Hier gab es viele Brüder, tausend, hunderttausend, und sie, diese
dreißig Mann, waren ihre Abgeordneten. Und ihr Sprecher hieß
Hellmann.

„Herr“, sagte er zu Paul, die Hurrufarbe paßt nicht in
diese Stunde. Sie sehen ja, ihr Bruder war rot. Vielleicht
organisieren wir die Sache so: Sie nehmen die Schleife ab und
der Kranz kommt auf den Sarg. Karl würde sich im Grabe
umdrehen, wenn er Sie mit Schwarz-weiß-rot sehen könnte. Er
war rot, der Karl, bis zur letzten Minute.“

„Ich ehre Karl auf meine Art und Weise“, antwortete
Paul. „Und der Kranz kommt mit der Schleife aufs Grab. Ich
bin der Bruder und Elsa hat sich nur zwischen uns gerangelt.
Der arme Karl...“

Da drängten wieder die drei jungen Männer vor und
stellten sich zwischen Paul und Hellmann, der als Redner be-
stimmt war. Paul wehrte sich, tobte leise und hob seinen Kranz
verzweifelt empor, aber die roten Fahnen senkten sich, Hellmann
heugart zu sprechen und als sei das noch nicht genug, löste sich
eine junge Frau vom Grab, es war Elsa, die Frau des Toten,
und sie mit zuckenden Händen die Hurrufschleife vom grünen
Kranz.

Paul, der keine ostpreussische Handwerker, hatte an diesem
Tage schon viel ertragen, aber dieser zuckende Räubergriff gab
ihm den Rest. Er warf den Kranz auf die gelbe, sandige Erde,
gerampelte ihn und brüllte in die Rede Hellmanns hinein:
„Dieses Weib! Dieses verfluchte Weib!“ und küßte davon
Er lief und lief. Hellmann hatte seine Rede beendet. Dann
stieg ein feierlicher Chor auf, ein Triumphgesang des Lebens,
eine Hymne an das Licht.

Diese Hymne erreichte auch Paul. Er blieb stehen und
blinnte rückwärts. Und ihm war es, als würde an jenem Grabe
eine Teufelsmesse gelebrert und als sei der Mensch, den sie da
begraben, schon lange nicht, nein, niemals sein Bruder gewesen.
Er sah die vielen singenden und feierlichen Männer, er sah ihre
Sammlung und ihre Geschlossenheit, und plötzlich wick der Haß
aus seinem Herzen. Das Stürmen unbekannter Gefühle schüttelte
seine Brust. Er atmete tief und schwer. Große heiße Tränen
rollten über sein einfüßiges Handwerkergezicht.

I. Deutsches Arbeiter-Sängerbundesfest in Hannover

16. bis 18. Juni 1928.

Die ersten Anfänge der deutschen Arbeiter-Sängerbewegung
lassen sich bis in den Beginn der sechziger Jahre des vorigen
Jahrhunderts zurückverfolgen. Gleich der bürgerlichen Sängerbewegung
(Berliner Singakademie, 1791 gegründet), ging aus
dem Salon der freimütigen Frau Professor Voitus hervor; 1808
rief Friedrich Zeller, der ehemalige Maurergeselle und
spätere Freund Goethes, die Berliner Liedertafel ins Leben)
huldigte auch die Arbeiterlänger anfänglich ausschließlich dem
Männergesang. In ihren Reihen finden wir 1861 August
Rebel als Mitglied der Gesangsabteilung des „Gewerblichen
Bildungsvereins“, den späteren „Arbeiterbildungsverein“, für
den sich Rebel tatkräftig einsetzte; er bewirkte, daß ein Fünftel für
190 Laster angeschafft wird und die Leipziger Stadtverordneten
die Subvention des Vereins von 100 auf 500 Laster jährlich er-
höhen. In Frankfurt sehen wir 1864 Ferdinand Passalle
bei der Gründung eines Arbeiter-Gesangsvereins, „Sängerbund“
hieß. Passalle verbanden wir das Zustandekommen des ersten
Bundesfestes: „Bet und arbeit“, von Herwegh geschickt, von
seinem Vorigeren als Hans von Bülow, einem nahen Freunde
Passalles, verant.

Mit dem Erstarken der Arbeiter-Sängerbewegung, die sich
trotz Verbot und Verfolgung während des Sozialistengesetzes rege
weiterhin entfalten konnte, hält allgemein auch die Frau ihren
Einzug in die Chöre der Arbeiterlänger. Zunächst in der Winder-
zahl — 1894 umfaßt die zwei Jahre früher gegründete „Lieder-
gemeinschaft“ 513 Männer und 27 gemischte Chöre — sehen wir
ihre Beteiligungsschlüssel von Jahr zu Jahr steigen. Nach Be-
endigung des Krieges gewinnt die Frau absolute Gleichberechtigung
neben dem Arbeiterlänger in unserer Vorkämpfer. Es ist
ein Irrtum zu behaupten, erst nach dem Kriege hätte die Frau
ihren Einzug in die Chöre des „Deutschen Arbeiter-Sängerbun-
des“ (in der heute bestehenden Form im Mai 1907 in Berlin
gegründet) gehalten; bereits der zweite Bundesfest, im Eigen-
verlag der „Liedergemeinschaft“ erschienen, ist ein gemischter
Chor! In diesem Einbeziehen der Frau in den Wirkungsbereich
der Arbeiterchöre unterscheidet sich der Arbeiter-Sängerbund
wesentlich von grundsätzlich vom Deutschen Sängerbund, der un-
geachtet seines längeren Bestehens, diese Umstellung noch nicht
vorzunehmen vermochte.

Da der innere Aufbau des Deutschen Arbeiter-Sängerbundes
ein durchaus anderer ist, als der des Deutschen Sängerbundes,
sollte es uns nicht wunder nehmen, wenn das erste Fest der
Arbeiterlänger einen anderen Charakter annehmen wird,
als ihn das Fest der deutschen Sängler in Hannover trug. Dem
Nur-Männergesang setzen wir die Dmritien-Kauffmannsungen und
A-cappella-Konzerte unserer Vorkämpfer, Jugend- und Kinder-
chöre entgegen. Neben diesen sonderlichen Darbietungen werden
wir naturgemäß auch den Männerchören gebührenden Anteil an
den Konzerten des I. Deutschen Arbeiter-Sängerbundesfestes ein-
räumen. Eingebunden in all unsere Veranstaltungen bilden sie
lo einen organischen Bestandteil der gesamten Darbietungen.
Nicht dem geschlossenen Umfang sämtlicher Teilnehmer und Teil-
nehmerinnen mit Fahnen und Standards und Ehrenwagen durch
die Stadt gelten die Vorbereitungen zu unserem Fest. Wir
wollen die uns in diesen drei Tagen zur Verfügung stehende Zeit
kulturell nützen. Einmal das Mallesinaen im Stadions-
saal Hannover wird alle Festteilnehmer vereinen, die im ge-
mischten, Frauen- und Männerchor ihre Ober anstimmen
werden. Die übrige Zeit aber gehört unserer Teilnahme an den
Konzerten.

Die große Zahl der Veranstaltungen wird eröffnet
mit dem Begrüßungskonzert unserer hannoverschen
Sängler, das Sonntag, den 16. Juni, in der Stadthalle statt-
finden wird. Unter Mitwirkung des Opernstadionsorchesters
Hannover kommen in der Stadthalle zur Aufführung: „Schwaben-
Marias Siegesgelang“, Brahms, „Schicksal“, und
„Hörner“. „Erntelied“ von Kreis und „Der Arbeiter“ von
Jugo Wolf. In der großen Musiksaalhalle wird von über
Gruppen der über 4000 Stimmen gebenden Vorkämpfer

